

Die Gleichheit

Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen

Mit den Beilagen: Für unsere Mütter und Hausfrauen und Für unsere Kinder

Die Gleichheit erscheint alle vierzehn Tage einmal.
Preis der Nummer 10 Pfennig, durch die Post vierteljährlich
ohne Bestellgeld 55 Pfennig; unter Kreuzband 85 Pfennig.
Jahres-Abonnement 2,60 Mark.

Stuttgart
2. April 1913

Zuschriften an die Redaktion der Gleichheit
sind zu richten an Frau Klara Zetkin (Zundel), Wilhelmshöhe,
Post Degerloch bei Stuttgart. Die Expedition befindet sich
in Stuttgart, Furtbach-Strasse 12.

Inhaltsverzeichnis.

Internationale Pflicht. — Von der Tagung der christlichen Heim-
arbeiterinnen. Von G. H. — Luise Otto-Peters. Von Mathilde
Burm. (Schluß). — Bezirks-Frauentagungen. IV. Von Luise
Fieg. — Überstundenunjug in der Textilindustrie. Von Martha
Hoppe. — Der sozialdemokratische Frauentag: In Rußland. Von
Alexandra Kollontaj. In Böhmen. Von Karla Macha. In Ungarn.
Aus der Bewegung: Der sozialdemokratische Frauentag in Deutsch-
land. — Von der Agitation. — Aus den Organisationen. — Von
der proletarischen Frauenbewegung im Kreise Waldenburg. Von
M. Ansoerge. — Politische Rundschau. Von H. B. — Gewerkschaft-
liche Rundschau. — Aus der Textilarbeiterbewegung. Von sk. —
Aus der Angestelltenbewegung. Von F. O. — Genossenschaftliche
Rundschau. Von H. F.

Notizenteil: Frauenarbeit auf dem Gebiet der Industrie, des Handels-
und Verkehrswesens. — Sozialistische Frauenbewegung im Aus-
land. — Frauenstimmrecht. — Die Frau in öffentlichen Ämtern.
— Familienrecht.

Internationale Pflicht.

Was nach den Gesetzen der kapitalistischen Ordnung ge-
schehen mußte, das geschieht. Aus der Hölle des Balkankriegs
steigen die Furien neuer Rüstungen für die Völker Europas
empor. Der Kapitalismus kann heute nicht anders, er muß
die Verlängerung seiner Lebensdauer vom Imperialismus
verlangen, ohne Krieg und Wettrüsten droht ihm der Atem
auszugehen. Wo er zur Herrschaft gelangt ist, da genügt
seinem Ausbeutungsbedürfnis der Boden und das Volk der
Heimat nicht mehr. Er muß als Eroberer über den Erdball
schreiten, muß die von ihm beherrschten Staaten in Handel
miteinander verstricken, die den Weltkrieg in ihrem Schoße
tragen, muß den Rüstungswahnsinn ausbrüten, der dem
Völkermorden vorbeugen soll und der doch nur näher zum
internationalen „Menschenschlachthaus“ führt. Noch ehe daß
auf dem Balkan der letzte Schrei von Niedergemetzelten und
Verstümmelten verhallt ist, noch ehe daß dort die europä-
ischen Diplomaten neue Grenzen zwischen den Staaten ge-
zogen haben, fährt in anderen Ländern der Militarismus mit
eisengepanzelter Faust den Völkern fordernd an die Gurgel.

Den Deutschen wird eine neue Wehrvorlage beschert, die
so ziemlich den letzten waffentüchtigen jungen Mann in die
Kaserne sperrt und die Kosten unserer Rüstungen zu solch
schwindelnder Höhe ansteigen läßt, daß das Wunder der
Wunder sich ereignen soll: das Reich will die Besitzenden zur
einmaligen „Opfergabe“ heranziehen. In Frankreich steht
die Wiedereinführung der dreijährigen Militärdienstzeit vor
der Tür. Großbritannien will sich zwar „bis auf weiteres“
an der Macht seiner Dreadnoughts genügen lassen, allein „das
weiter“ kann sich unter Umständen schnell finden, und einste-
weilen nützen Kriegsbeher die Pause, um zur Ausgestaltung
des Landheeres zu treiben. Das halb bankrotte Österreich
vergeudet Hunderte von Millionen in neuen Rüstungen,
andere Riesensummen und zahlreiche Menschenleben dazu,
indem es an seinen Grenzen die Kriegsbereitschaft gegen
Serben, Bulgaren, Montenegriener und Russen aufrecht
hält. Im russischen Reiche wird fieberhaft daran gearbeitet,
die mörderische Macht von Meer und Flotte zu stärken.

In Holland und Belgien, in Dänemark, Schweden und
Norwegen ist das Wettrüsten mit großen Schritten voran-
gegangen und drängt weiter vorwärts. Normales Dasein ist
in der kapitalistischen Welt, was als Wahnsinn, als furcht-
bare Seuche im Leben der Völker erscheinen könnte. Aller
großen Ideale bar, ohne Rücksicht auf die Gebote der Mensch-
lichkeit und Kultur stößt der Kapitalismus in unseren Tagen
die Völker zwischen Tollhaus und Schlachthaus hin und her.
Die Klassen, die seine Nutznießer sind, denken nicht daran,
dem imperialistischen Wüten Einhalt zu tun. Nach ihnen, die
jetzt genießen, die Sintflut! Wie phantastisch auch immer die
Opfer an Gut und Blut sein mögen, die das Wettrüsten in
einem Lande jeweilig fordert: es findet sich eine Mehrheit
bürgerlicher Politiker, die sie bewilligt.

Unabweisbar, zwingend ist in der Folge von alledem die
Aufgabe für die Arbeiterklasse aller Länder, mit dem äußer-
sten Kraftaufwand wie die Kriegsbeher so auch den Rüstungs-
wahnsinn zu bekämpfen, wo und mit welchen Forderungen
er auftritt. Soweit es noch eine bürgerliche Opposition gegen
den Imperialismus gibt, mag sie sich an dem kindischen
Spiel genügen lassen, mit diesem gewalttätigen Gesellen um
ein paar Millionen Mark mehr oder weniger zu feilschen, die
er verschlingt. Unter der Führung der Sozialdemokratie muß
dagegen das Proletariat mit ihm um das Ganze ringen.
Das gebeut die Not der Stunde, aber auch der Ausblick auf
das Zukunftsziel des proletarischen Klassenkampfes. Mag es
sich darum handeln, wie in Frankreich die Dienstzeit wieder
zu verlängern oder wie in Deutschland neue Zehntausende
unter den Korporalstock zu bringen: durch die Verhältnisse
selbst wird die Forderung des sozialdemokratischen Pro-
gramms in den Vordergrund gehoben: Abschaffung der
stehenden Heere und Einführung der Volksbewaffnung. Mit
dem Kapitalismus hat der Militarismus eine Stufe der
Entwicklung erreicht, die diese unsere Forderung zur beherr-
schenden Lösung gegen den Rüstungswahnsinn macht.

In den bevorstehenden schweren Kämpfen wird sich nie-
mand freudiger unter dieser Lösung um das Banner des
Sozialismus in allen Ländern scharen, als die erwachten,
denkenden Frauen der werktätigen Massen. Sind sie es
nicht, die fargen und die Thyrigen entbehren sehen müssen,
nur damit Zölle und Steuern dem Militarismus die
tiefe Schüssel bis zum Überlaufen füllen? Und wie hart
trifft sie die Blutsteuer der Söhne, Brüder und Gatten! Der
Kasernendienst reißt den jungen Mann jahrelang aus seiner
Berufstätigkeit und verwandelt ihn aus einer Stütze der
Familie in ihre große Sorge. Die Anforderungen des Drills
und die Unvernunft und Brutalität von Vorgesetzten können
seine gesunde Kraft brechen, ehe daß der Krieg sie vernichtet.
Die Organisation des Heeres und ihr Wesen — Widerspiege-
lungen des Kapitalistenstaates — entfesseln verdimmende
und vertierende Einflüsse, die den Geist stumpf werden
lassen, das Gemüt verrohen, den Charakter zermürben. Die
Freude am buntglänzenden Waffenrock wird dem Sohne des
Volkes durch den düster drohenden Schatten von bestialischen

Obligator. Nebenorgan zum „Textilarbeiter“ für Frauen, die wie ihre Männer Mitglieder des Deutschen Textilarbeiter-u. Arbeit. eimen. Verb. sind.

Mißhandlungen durch entmenschte Vorgesetzte vergällt. Die lustige, flotte Militärmusik mischt sich mit dem Todesröcheln des Selbstmörders in der Kaserne, sie wird übertönt von den Blutrufen einer geheimen Kastenjustiz, die die schärfste Form des heutigen Klassenunrechts ist. Und über all dem Gegenwartsleid, das für die Frau des werktätigen Volkes mit dem stehenden Heere verbunden ist, erheben sich zwei riesige, graue Gespenster: die Kriegsgefahr und der Befehl für den Soldaten, „auf Vater und Mutter zu schießen“!

Die Forderung der allgemeinen Volksbewaffnung schlägt die Lasterer auf den Mund, die die „Vaterlandslosigkeit“ des kämpfenden Proletariats schmähen, weil dieses sich weigert, in dem Geldsack der ausbeutenden Klassen und der Machtgier der regierenden Fürsten das Wohl und die Ehre des Vaterlandes zu erblicken. Sie sammelt das Millionenheer der werktätigen Massen, die da wissen, daß das Vaterland ihnen erst zu erb und eigen wird, wenn es aufhört, die Beute der herrschenden Klassen zu sein. Ihre Verwirklichung schafft die höchste Verteidigungsfähigkeit des Volkes der Arbeit gegen seinen äußeren wie gegen seinen inneren Feind. Sie erlöst die Proletarier aller Länder von dem furchtbaren Fluche, um des kapitalistischen Profits und der Fortdauer der kapitalistischen Ordnung willen Brüder jenseits der Grenzen zu morden, sich die Hände und Seelen mit dem Blute der Brüder und Schwestern in der Heimat zu beslecken. Sie würde Macht in ihre Fäuste legen, die politischen Zwangsbirgen des Kapitalismus niederzureißen und dem Sozialismus die Wege zu bereiten; mit der Herrschaft über die Mittel des Todes verliert die ausbeutende Minderheit auch die Gewalt über die Mittel des Lebens.

Der Kampf um die Abschaffung der stehenden Heere und die Einführung der allgemeinen Volksbewaffnung trennt daher innerhalb jeder Nation scharf, wie kaum ein anderes Ringen, was die kapitalistische Ordnung unwiderruflich scheidet: die Klasse der Ausbeutenden und die Klasse der Ausgebeuteten. Es schweigt dafür unlöslich zusammen, was diese Ordnung in dem Willen des einen Zieles verbindet: die Proletarier aller Länder. Diesen Kampf mit all seinen Härten und Opfern zu dem ihrigen zu machen, bis zum letzten Hauche ihre Kraft in ihm einzusetzen, das geloben die sozialistischen Frauen, welcher Nation sie auch seien. Sie wollen ihre Söhne vor der Schmach schützen, als Schergen der Reaktion zu morden oder gemordet zu werden. Sie begehren für sie das Glück und den Ruhm, Kämpfer für die soziale Revolution zu sein. Sie werden daher bei der Auflehnung der Massen gegen das System des Rüstungswahns eine starke, treibende Kraft sein. Und sollte je das Unglaubliche, Unfassbare geschehen: sollten die Männer in ihrem Widerstand lässig werden, die Frauen werden vor dem Todfeind nicht abrißten. Der Kampf des sozialistischen Proletariats eines Landes gegen den Militarismus ist auch der Kampf der Klassenbewußten Proletarierinnen aller Länder. Sie zu diesem Kampfe zu rufen und zu sammeln, ist für die Genossinnen das Gebot der Stunde. Im Namen des internationalen Sozialismus, der der Weltfriede und die Menschheitsbefreiung ist.

Von der Tagung der christlichen Heimarbeiterinnen.

Vom 11. bis 13. Februar hat in Berlin die vierte Generalversammlung des Gewerkevereins der Heimarbeiterinnen stattgefunden. Wer rücksehend diese Tagung unbefangen vor seinem Blicke vorüberziehen läßt, der muß feststellen, daß sie ein Armutzeugnis war, die Bekundung des kaum verhüllten Bankrotts der christlichen Heimarbeiterinnenbewegung. Das gilt sowohl von der Entwicklung des Gewerkevereins wie von dem Geiste, der diese Organisation erfüllt — man kann nicht sagen belebt — und der auch den Verhandlungen ihr Gepräge gab. Keine äußeren „Auszeichnungen“ können über die innere

Armseligkeit hinwegtäuschen. Dentlich trat es zutage, daß die Sympathieerklärungen hoher, höchster und allerhöchster Frauen, daß die wohlwollenden Reden von Geheimräten, die tränenseligen Mitleidsbetuerungen wissensreicher bürgerlicher Sozialpolitiker dem Gewerkeverein keine kraftvolle Entwicklung gesichert haben, daß er selbst so ohnmächtig ist wie das Gehabe und Getue seiner Gönnerinnen und Gönner, das Rieseneleid der Heimarbeiterschaft zu beseitigen, ja auch nur wirksam zu lindern.

Der Gewerkeverein ist von Herren und Damen mit dem berühmten, öffentlich ausgestellten guten Herzen aus der Taufe gehoben und gehätschelt worden. Die Behörden haben ihn gesegnet. Die Kaiserin hat ihm ihr Wohlwollen bezeugt. Lehrer und Schüler sind für seine Ausbreitung mobilisiert worden. Und das Ergebnis? Der Gewerkeverein besteht seit zwölf Jahren und hatte es 1912 in 74 Ortsgruppen auf insgesamt 8366 Mitglieder gebracht. Das aber unter Einrechnung der Ehrenmitglieder, deren ganze „Heimarbeit“ oft genug im Kommandieren des dienenden Hauspersonals und in jenem geschäftigen Müßiggang besteht, zu dessen modernsten Formen die „soziale Betätigung“ gehört. Daß angesichts der ungezählten Scharen von Heimarbeiterinnen und der gewaltigen Macht des ausbeutenden Kapitals eine Organisation von diesem winzigen Umfang nicht viel auszurichten imstande ist, wer wäre dreist oder töricht genug, das zu bezweifeln? Jedoch doppelt und dreifach schwach muß eine solche Organisation sein, wenn sie von dem kurzschichtigen, knechteligen Geiste beherrscht wird, den die Generalversammlung bewies. Wen kann es da wundernehmen, daß der Gewerkeverein den Heimarbeiterinnen nur spärliche und oben-drein meist verflümmerte Früchte reicht.

Die Organisation hatte ihr Hauptaugenmerk auf die Förderung der Heimarbeiterschutzesgesetzgebung gerichtet. Wie gichtbrüchig und griesgrämig diese im Hausarbeitgesetz vorwärts gehumpelt ist, wissen die Leserinnen. Tarifverträge sollen das bittere Los der Heimarbeiterinnen erleichtern. Dem Gewerkeverein ist im ganzen der Abschluß von achtzehn Verträgen gelungen, die nur einer verschwindenden Zahl jener Ausgebeuteten zugute kommen. Die von ihm errichteten Lehrkurse sind eine löbliche Sache, bringen jedoch keine befriedigende Antwort auf die Frage: ob ausgebildeten Arbeiterinnen auch ein auskömmlicher Verdienst sicher ist. Necht vielen Heimarbeiterinnen fehlt es nicht am Können, wohl aber an der ihren Leistungen entsprechenden Entlohnung. Mehrere Ortsgruppen des Gewerkevereins haben eigene Betriebswerkstätten eingerichtet, und bürgerliche Frauenvereine vermitteln behördliche Aufträge für die Mitglieder der Organisation. Allein der flutende Ozean des Heimarbeitelends läßt sich nicht mit Teelöffeln ausschöpfen. Es ändert nichts an dieser harten Tatsache, daß der Generalversammlung des Gewerkevereins Regierungsvertreter, Reichstagsabgeordnete, bürgerliche Sozialpolitiker, Frauenrechtlerinnen und sogar — man sinke in die Knie — eine Abgesandte der Kaiserin bewohnten. Die Tagung kam nicht an dem Eingeständnis vorbei, daß die Taten für die Heimarbeiterinnen oft erheblich hinter den Worten zurückbleiben. In ihrem Referat über „Behördliche Aufträge für Heimarbeiterinnen“ mußte Fräulein Gaebele bedauern, daß die Resolution des Reichstags vom Dezember 1911 noch nicht von den Verwaltungen in größerem Umfang befolgt werde. Es handelt sich dabei um die Forderung des Parlaments, daß bei Vergabung von öffentlichen Lieferungen Heimarbeiterorganisationen und tariffreie Unternehmer besonders berücksichtigt werden sollen. Auch die Referate über die „Nutzbarmachung und Ausgestaltung der Gesetzgebung zugunsten der Heimarbeiterschaft“ konnten die Stoßfänger über die unerfüllt gebliebenen Forderungen nicht ganz unterdrücken.

Behält man das im Auge, so mutet der Bericht über die Generalversammlung recht eigenartig an, den „Die Heim-

arbeiterin" bringt, das Blatt der christlichen Organisation. Es scheint danach fast, als ob bei den Mitgliedern des Gewerkevereins ein größeres Interesse für die Anwesenheit einer Vertreterin der deutschen Kaiserin vorausgesetzt wird, für die von Ergebenheit triefenden Guldungstelegramme an die Fürstin und ihre Tochter, als für das Ergebnis der Tagung. Ein Drittel des Berichtes ist nämlich der ausführlichen Wiedergabe der Freude- und Dankesbezeugungen für die Gnade des Herrscherhauses gewidmet, während die Verhandlungsgegenstände der Generalversammlung sehr kurz abgetan werden.

Die Leiterinnen des christlichen Verbandes sind fast ausschließlich Damen aus bürgerlichen Kreisen. Sie können immer noch nicht vergessen, daß 1906 auch die deutsche Kaiserin die Heimarbeitersausstellung in Berlin besucht hat und ergriffen gewesen sein soll von dem, was sich ihr dort im kleinen Ausschnitt an Elend und Not zeigte. Daran aber scheinen die Damen nicht zu denken, daß trotzdem die Ausbeutung der Heimarbeiterinnen die gleiche geblieben ist, und daß die Regierung und die Mehrheit der bürgerlichen Parteien nichts Durchgreifendes getan haben, um durch die Gesetzgebung dem Jammer zu steuern. Außer der parlamentarischen Vertretung des Proletariats, der sozialdemokratischen Fraktion, haben es im Reichstag nur einige wenige Angehörige des Zentrums und der Fortschrittlichen Volkspartei versucht, bei Beratung des Hausarbeitsgesetzes die gesetzliche Regelung der Lohnfrage für eine Arbeitergruppe zu erreichen, die sich allein noch nicht helfen kann. Die einflussreichen Kreise und Personen bis zu den höchsten hinauf haben sich auf Sympathieerklärungen für die leidenden Heimarbeiterinnen beschränkt. Und doch hätten sie reichlich Zeit gehabt, ihre Sympathie in Taten umzusetzen! Seit der Heimarbeitersausstellung sind sechs Jahre verfloßen. Aber auch die Generalversammlung hörte nur Sympathieerklärungen, die einzige Tat, die von oben kam, war die Veranstaltung einer patriotischen Festvorstellung im königlichen Schauspielhaus. Die delegierten Heimarbeiterinnen durften hier unentgeltlich als Gäste der Kaiserin eines der literarisch üblen Stücke sehen, „1812“, die jetzt zur Verherrlichung der Hohenzollern wie eine Seuche grassieren. Und doch schwamm die Generalversammlung in eitel Wonne. Es scheint, daß die Heimarbeiterinnen mit weniger zufrieden sind als die römischen Lumpenproletarier der Verfallzeit. Die mußten von ihren Zäsuren mit Brot und Spielen bedacht werden, sollten sie nicht gefährlich murren. Die christlichen Heimarbeiterinnen sind billiger zu befriedigen. Für sie tun es die Spiele allein. Hören wir, was der Bericht der „Heimarbeiterin“ zu dem Kapitel sagt.

Nach den üblichen Begrüßungen am Beginn der Tagung gab die Vorsitzende des Gewerkevereins, Fräulein Behm, dem Ausdruck, „was alle Herzen bewegte, der Freude über die Treue, die uns stark macht, der Liebe, die alle Schranken zwischen den Ständen niederlegt und die Frau als Mitarbeiterin und Helferin zur Frau führt. Sie brachte die freudige Botschaft, daß auch die höchste Frau im Reiche, unsere geliebte Kaiserin, wieder schützend und fördernd zu uns stehe und es ermöglicht habe, daß am Abend des zweiten Verhandlungstags für uns ganz allein eine Festvorstellung im königlichen Schauspielhaus stattfinden werde, ein neuer Beweis, daß die Brücke zwischen Kaiserschloß und Heimarbeiterinnenstübchen, die einst in der Heimarbeitersausstellung entstand, wahrlich nicht an Festigkeit verloren hat. Ein jubelndes Hoch auf die geliebte Landesmutter, das begeistert gesungene Deutschland, Deutschland über alles“ erklang durch den Riesensaal. Wir alle fühlten wieder: wir stehen nicht allein!“ Leider hat die brave „Heimarbeiterin“ vergessen, durch eine Tatsache die „Brücke zwischen Kaiserschloß und Heimarbeiterinnenstübchen“ zu beleuchten, die sie im Geiste schaute. Kürzlich ging durch die Tagespresse diese Nachricht: Nordhalbener und Geroldsgrüner Spitzenklöpplerinnen, Heimarbeiterinnen, hatten für eine Pariser

Firma eine Bestellung auszuführen. Die deutsche Kronprinzessin hatte bei ihr eine Spitzenrobe bestellt. Die Pariser Firma ließ aber die Spitzen von den oberfränkischen Heimarbeiterinnen anfertigen. Die Arbeit wurde mäßig bezahlt. Die „Brücke zwischen Kaiserschloß und Heimarbeiterinnenstübchen“ führt also über Paris und ist so lang, daß für die kunstreichen Spitzenklöpplerinnen nur „mäßiger“ Verdienst darüber rollt. Es stimmt! Die Heimarbeiterinnen „stehen nicht allein“, neben ihnen steht der Kapitalist in Paris oder sonstwo und nimmt die Bestellungen und harten Taler aus dem Kaiserschloß in Empfang. Fürstliche Sympathien sind wie Reuters berühmte Pflaumen, eine schöne Sache, wenn man sie hat.

Der Besuch der Festvorstellung und die Vorfreude darauf muß auf die Teilnehmer der Generalversammlung den tiefsten Eindruck gemacht haben. Der Bericht bringt im Wortlaut das Rohrpostschreiben, das anzeigte, wer die Kaiserin bei der Vorstellung vertreten würde. Dann fährt er fort: „Es war gut, daß die inhaltreichen, schwerwiegenden Verhandlungen des zweiten Tages jetzt ihr Ende erreicht hatten, denn die Stimmung der Anwesenden neigte nach dieser neuen Freudenbotschaft sich immer mehr dem Schauspielhaus zu. . . . Und dann kam dieser Abend! Wer von uns, die ihn miterlebten, wird diesen Abend wohl je vergessen? Napoleon ließ in den Jahren von Deutschlands Schmach einmal seine Schauspieler vor einem „Parterre von Königen“ auftreten. Ob aber die Schauspieler am Abend des 12. Februar nicht froher waren als jene, weil sie einem ganzen Hause von Heimarbeiterinnen ihr Können bieten konnten? Es war ein herzerfreuender Anblick, dies Haus voll strahlender Gesichter. Nicht ein Plätzchen frei! Ganz ungehöriges Betragen, denn von allen Rängen, aus allen Ecken, aus dem gesamten Parterre winkte und grüßte es. In der großen Hofloge saßen die angemeldeten Gäste und sahen freudig bewegt auf die strahlenden Menschen hernieder. Aber — dann geschah das Besondere, das Unerwartete! Ehe es dunkel wurde und der Vorhang sich hob, der uns „1812“ verhüllte, erschien auf einmal in der kleinen Seitenloge — unser Kaiser! Atemloses, glückliches Staunen ging durch das ganze Haus. Alle standen auf und klatschen begeistert in die Hände, was wieder ganz unvorschriftsmäßig war! Dann wurde gespielt, prachtvoll gespielt, und die Not jener Zeit nahm die Geister gefangen und schlug an die Herzen. Doch was war das? Nach dem zweiten Akte setzte irgendwo hell eine Frauenstimme ein: „Heil dir im Siegertranz“. Alles stand auf und sang. Auch der Kaiser stand. Nach der ersten Strophe wollte er sich setzen. Aber fest und treu klang es weiter: Nicht Moß, nicht Meißige. . . .“ In diesem erbaulichen Tone geht es im Bericht weiter. Wie der Kaiser gedankt hat, wie sich alles freute und viele am Schlusse sich gerührt in die Arme gesunken sind: alles das wird in ausführlicher Breite geschildert.

An einer anderen Stelle heißt es nach der wörtlichen Wiedergabe des Telegramms an die Kaiserin: „Kaum war die Fassung angenommen, als sich eine Abgeordnete von Berlin-Süd zum Worte meldete und fragte, ob wir denn nicht wüßten, daß sich heute unsere Prinzessin Viktoria Luise mit dem Prinzen Ernst August von Cumberland verlobt habe; da müßten wir doch auch gleich zur Verlobung gratulieren.“ Natürlich fand der Vorschlag freudigste Zustimmung. „Am liebsten hätten unsere Hannoveraner noch einen besonderen Gruß hinzugefügt.“ Daß die Verhandlungen am dritten Tage später begannen, weil die Delegierten das fürstliche Brautpaar einziehen sehen mußten, ist nach dem Vorstehenden selbstverständlich, wir erwähnen es nur der Vollständigkeit halber. Wie niedrig müssen die Führerinnen des Gewerkevereins die organisierten christlichen Frauen und Mädchen einschätzen, daß sie ihnen einen solchen Bericht über die Generalversammlung zu bieten wagen. In ausführlicher Breite und im Tone des ausgewachsenen Byzantinismus schildert er nebensächliche Dinge, an denen sicher nur die wenigsten Mitglieder ein Interesse haben. Nicht alle gehören

zu jenen Deutschen, denen nach Heine nur der Schwanz zum Bedeln fehlt. Aber je mehr sich in dem Bericht die Gesinnungstüchtigkeit austobt, um so dürftiger werden die Ergebnisse der Generalversammlung behandelt.

Es wäre nur zu wünschen, daß weite Kreise der Heimarbeiterinnen und vor allen Dingen die Mitglieder des Gewerksvereins selbst den Bericht aufmerksam lesen und im Gedächtnis behalten würden. Es müßten ihnen dann die Augen dafür aufgehen, daß diese Organisation nicht imstande sein kann, ihnen die Hilfe zu bringen, deren sie bedürfen. Die Leiterinnen des Verbandes kennen das Leben der Heimarbeiterinnen nicht oder berücksichtigen es nicht. Sie verstehen nicht, was diesen nützt und wie die vorhandenen gesetzlichen Bestimmungen wirken. Wäre es anders, so könnte es bei dem Bericht über den ersten Gegenstand der Tagesordnung: „Die Ausgestaltung unseres Programms“ unmöglich heißen: „Punkt für Punkt behandelte sie (die Referentin) unsere bisherigen Forderungen und bewies, wie man an keiner von ihnen achtlos vorübergegangen ist. Eine ganze Reihe ist mittlerweile erfüllt. Wir haben jetzt die Kranken- und Hinterbliebenenversicherung, die Lohnbücher, die behördliche Listenführung, die Gewerbeaufsicht, ein Stück Wohnungsaufsicht, das Verbot der Mitgabe von Arbeit nach Hause. Man hat auch unter die Aufgaben der geplanten Fachauschüsse die Förderung der Tarifverträge aufgenommen. Aber manches ist man uns noch schuldig geblieben.“ Wo, so werden die denkenden Heimarbeiterinnen fragen, haben wir das alles? Noch immer sind zum Beispiel die Musterfabriken für die Krankenkassen vom Bundesrat nicht fertiggestellt. Es steht also noch gar nicht fest, ob die Ende Mai 1911 im Reichstag beschlossene Reichsversicherungsordnung „schon“ am 1. Januar 1914 in Kraft treten wird. Bis dahin sind die Heimarbeiterinnen nicht sämtlich Krankenversicherungspflichtig. Die Hinterbliebenenversicherung besteht freilich, sie gewährt aber im günstigsten Falle den arbeitsunfähigen Witwen 19 Pfennig pro Tag. Ähnlich sieht es mit den anderen schönen aufgezählten Dingen aus. Die Lohnbücher, die Gewerbeaufsicht, die behördliche Listenführung, die Wohnungsinpektion und das Verbot der Mitgabe von Arbeit nach Hause, das alles ist allerdings da. Aber in der Hauptsache nur auf dem Papier, in der Praxis haben die Vorschriften keine große Bedeutung für die Heimarbeiterinnen, weil die Art der Kontrolle nicht ermöglicht, die Verstöße gegen die gesetzlichen Bestimmungen festzustellen. So wenig die Berichte der Gewerbeinspektoren sagen dürfen, darüber lassen sie keinen Zweifel. Außerdem sind die gesetzlichen Vorschriften nicht in der Lage, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Heimarbeiterinnen zu verbessern — abgesehen von Einzelfällen —, wenn die ausgebeuteten Frauen und Mädchen nicht selbst hierbei mitwirken. Dies können sie aber nur, wenn sie sich mit ihren Berufsgenossinnen und Berufsgenossen in Organisationen vereinigen, denen die energische Wahrung der Interessen der Arbeiterinnen und Arbeiter erste Pflicht ist, und die daher ihre Spitze gegen die kapitalistische Ausbeutung kehren. Die Erfahrung hat gezeigt, daß das Wohlwollen hochgestellter Personen gar keinen Einfluß auf die Gestaltung der Arbeitsverhältnisse der Heimarbeiterinnen hat. Die so dringend der Hilfe bedürftigen Heimarbeiterinnen daran gewöhnen, auf Erfolg der Sympathie von oben zu warten, das läuft in der Praxis darauf hinaus, sie zu täuschen. Wir zweifeln nicht daran, daß die Leiterinnen der christlichen Heimarbeiterinnenbewegung von der Wirksamkeit ihrer Methoden überzeugt sind. Wir halten es aber für unsere Pflicht, die Arbeiterinnen darüber aufzuklären, wie wenig durch diese Methoden bisher erreicht worden ist, und daß sie die Ausgebeuteten davon abhalten, sich wirksame Selbsthilfe zu schaffen. Solche Selbsthilfe ist nur zu erreichen durch den Zusammenschluß der Fronddenden ohne Unterschied des Geschlechts in Arbeiterorganisationen, wie sie die freien Gewerkschaften darstellen. Wollen die Heimarbeiterinnen ihre Lebensbedin-

gungen günstiger gestalten, so müssen sie sich diesen Organisationen anschließen. Daß sie außerdem auch an der politischen Organisation ihrer Klasse in der Sozialdemokratie teilnehmen, daß sie politisch kämpfen müssen, sagen ihnen allein schon die Teuerungspreise des Zoll- und Steuerwunders eindringlich genug.

G. H.

Luisa Otto-Peters.

(Schluß.)

Endlich gelang es Luisa Otto auch, einen Verleger für die von ihr längst geplante deutsche Frauenzeitung zu finden, die bald erschien mit dem Motto: „Dem Reich der Freiheit werb' ich Bürgerinnen.“ Nun hatte Luisa die Waffe, die sie brauchte, um für die Rechte ihrer Mitschwester zu kämpfen. Als die ersten Nummern erschienen, da lohnten noch in Sachsen, in Baden, in der Pfalz die Freiheitsbrände; in Preußen triumphtierte schon die Reaktion, die auch bald auf die anderen Staaten übergriff. Als Herausgeberin der ersten politischen Frauenzeitung hatte Luisa Otto viel zu leiden: Beschlagnahme des Blattes, Verhöre, Hausdurchsuchungen, Ausweisungen aus verschiedenen Städten, in denen sie sich vorübergehend aufhielt. Die Reaktion rechnete es der Dichterin und ihren Gesinnungsgenossen schon als Verbrechen an, daß sie sich der Hinterbliebenen der gefallenen Freiheitskämpfer annahm. Die Verfolgungen befestigten nur Luisens Überzeugung und schürten ihren Eifer. Sie trug manche geheime Botschaft nach Baden und der Pfalz, ihren Landsleuten, die im Zuchthaus zu Bruchsal für ihren Freiheitskampf büßten, half sie, wie sie nur konnte.

Bei ihrer Schwester in Oberan hatte Luisa einen jungen Schriftsteller, August Peters, kennen gelernt. Kurz vor der sächsischen Volkserhebung war sie in Briefwechsel mit ihm getreten. Peters war Volksmann, Freiheitskämpfer. Als die siegreiche Reaktion den Aufstand in Dresden blutig niedergeworfen hatte, schlug sich der junge Erzgebirgler mit seinen Leuten nach Süddeutschland durch. Im Mai 1848 wurde auch dieser Trupp Rebellen in Rastatt eingeschlossen und gefangen genommen. Der Tod des Erschießens war Peters und seinen Kameraden sicher. Nur einmal hatte er sich mit Luisa flüchtig gesehen. Aber eines hatte die Veröffentlichungen des anderen gelesen. Dazu kam ein sehr beschränkter Briefwechsel, der nur unter Schwierigkeiten seinen Weg in die Rastatter Kasematten hinein und heraus fand. Was die beiden voneinander wußten, genügte jedoch, daß sie sich liebten, „getreu bis in den Tod“.

Peters wurde gegen Erwarten nicht zum Tode verurteilt, und zwar lediglich dank einer schweren Krankheit, die so lange andauerte, daß es kein Standrecht mehr gab. So kam er vor ein ordentliches Gericht und wurde zu sechs Jahren Einzelhaft in Bruchsal verurteilt. Sieben Jahre war Luisa Otto mit August Peters verlobt. Viermal im Jahre durfte sie den Geliebten besuchen und sah ihn — in der Zuchthausjacke mit geschorenem Haar. Zwei weit auseinanderstehende Gitter erlaubten den Verlobten nicht einmal, sich die Hand zu reichen; erst nach langen Jahren wurde eines der Gitter entfernt. In ergreifenden Versen hat Luisa Otto den Empfindungen jener Zeit Ausdruck gegeben, wo alles, was die Verlobten einander schenken konnten, nur ein Blick der Liebe war als Zeichen inniger Gemeinschaft, unerschütterlicher Treue:

„Ein Gitter fiel — doch eines ist geblieben,
Uns trennend, die wir ewig doch verbunden,
Die wir ganz eins im Streben und im Lieben,
Wie Tat und Wort seit Jahren es bekunden.“

Im Sommer 1856 kehrte August Peters in die Freiheit zurück, und im Herbst 1858 konnte das schwergeprüfte Paar die Ehe schließen. Aber zu schwer hatten die Kerkerjahre an der Gesundheit des Mannes gerüttelt, nur wenige Jahre durften sich die beiden des Glückes erfreuen, vereinigt zu sein. 1864 schon starb Peters, bis zur letzten Stunde liebevoll gepflegt von der Frau, die ihm über all die Jahre der Trennung und Entfugung hinaus die Treue gehalten hatte.

Von nun an widmete sich Luise Peters nur noch ihrer Lebensarbeit: der Erweckung der Frau aus ihrer Gleichgültigkeit und dem Kampfe um die wirtschaftliche Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts. Im Jahre 1865 begründete sie mit einigen ihr Gleichgesinnten den „Allgemeinen Deutschen Frauenverein“ und im Jahre 1866 sein Organ „Neue Bahnen“, das sie bis zu ihrem Tode im Jahre 1895 leitete. Als Luise Otto einst als Mädchen überall auf Hemmungen stieß, hatte sie schmerzlich ausgerufen: „Und ich bin nichts, denn ein gefesselt Weib.“ Nun tat sie in Wort und Schrift, was nur in ihren Kräften stand, um die Fesseln des Weibes zu zerreißen. Unermüdlich rief sie die Frauen und Mädchen — zumal die des Mittelstandes — zur Mitarbeit auf, allein zunächst und lange waren es nur wenige, die dem Rufe der klugen, tapferen Frau folgten.

In ihrer Schrift „Das Recht der Frauen auf Erwerb“ (Hamburg, Hoffmann & Campe, 1866) findet sie beherzigenswerte Worte über die Erziehung der Töchter des Mittelstandes. Wie hart verurteilt sie die Verlogenheit dieser Schicht, wo Frauen und Töchter heimlich gewerbsmäßig arbeiten, um nach außen „standesgemäß“ aufzutreten zu können. „So herrscht im gepriesenen deutschen Familienleben, an dem heileibe niemand wagen darf zu rütteln, weil man das für einen Angriff auf die „Heiligkeit“ der Familie erklärt, ein völlig ausgebildetes Hintergehungssystem.“ schreibt sie. Sie fordert für alle Frauen das Recht auf Erwerbsarbeit mit der Begründung: „... Aber wie man nicht den Mann, der ohne Lebensgefährtin bleibt, der keine Familie gründet, deshalb als unnützes Mitglied der menschlichen Gesellschaft betrachtet, da er ja doch einen Wirkungskreis hat, ein nützlich Mitglied des Staates ist, ... so muß auch für das Mädchen das gleiche Recht in Anspruch genommen werden.“

Schon auf der ersten von ihr geleiteten deutschen Frauenkonferenz im Oktober 1865 zu Leipzig wurde einstimmig folgender Antrag angenommen: „Die erste deutsche Frauenkonferenz erklärt die Arbeit, welche die Grundlage der ganzen neuen Gesellschaft sein soll, für eine Pflicht und Ehre des weiblichen Geschlechts, sie nimmt dagegen das Recht der Arbeit in Anspruch und hält es für notwendig, daß alle der weiblichen Arbeit im Wege stehenden Hindernisse entfernt werden.“ Er entsprach durchaus der Auffassung, wie sie von Luise Otto-Peters vertreten wurde. An einer Stelle des obengenannten Buches weist Luise Otto-Peters darauf hin, daß es für die Proletarierin gar keine Frage sei, ob sie als Frau mitverdienen solle, denn bei ihr werde das als „unumgänglich“ angenommen. Warum soll die Frau des Mittelstandes nicht auch von Jugend an lernen, sich selbst zu erhalten? Um dieses Ziel zu fördern und in die Tat umzusetzen, half sie die erste deutsche Fortbildungsschule für Mädchen gründen. Was sie wollte, war eine gute Ausbildung für alle Mädchen als Vorbedingung dafür, daß sie später auf eigenen Füßen stehen könnten. Im Vordergrund ihrer Sorge und ihres Wirkens stand jedoch die Frage des Erwerbes für die bürgerliche Frau.

Trotz aller Verlehrung, die sie früher mit den Arbeitern gehabt hatte, kam sie dem Verständnis ihrer geschichtlichen Klassenlage nicht näher. Wohl hatte sie in der bereits angeführten Schrift erklärt: „Im Dienste der Subjektivität wie im Dienste der Politik sind die weiblichen Bestrebungen beendet worden; nicht etwa, um nun am Ende zu sein, sondern um nach Verwirrungen und Prüfungen geläutert und erstarkt wiederum aufgenommen zu werden im Dienste der Humanität und des Sozialismus.“ Aber über die Tragweite dieses Satzes ist sich Luise Otto-Peters gemäß kaum klar gewesen, darüber kann das Wort Sozialismus nicht täuschen. Was sie darunter verstanden hat, ist nichts gewesen als ein verschwommener Nachklang des bürgerlichen schöngeistigen Gefühlssozialismus aus den vierziger Jahren, der mit dem Endziel der kämpfenden Arbeiterklasse nichts gemein hatte. Daher führte auch von Luise Ottos demokratischer Gesinnung keine Brücke bis zur

Sozialdemokratie. In ihrer Jugend hatte sie die Deputationen freibeitungssehnlicher Arbeiter empfangen, in ihrem Alter fand sie nicht ein Wort des Protestes dagegen, daß 1894 die tagenden Frauenrechtlerinnen den Beschluß faßten, dem begründeten „Bunde deutscher Frauenvereine“ dürften keine „offenkundig sozialdemokratischen Vereine“ angehören. Es war weder Schwäche des Alters noch Wankelmütigkeit der Überzeugung, die sich in ihrem Verhalten damals wie in ihrer Auffassung der Frauenfrage überhaupt bekundeten. Zwischen Anfang und Ende lag die ganze Entwicklung der beiden Klassen, die seit den vierziger Sturm- und Drangjahren in Deutschland in den Vordergrund des politischen, des geschichtlichen Lebens getreten waren und die kämpfend gegeneinandergetrieben wurden: die ausbeutende Bourgeoisie, die ausgebeutetes Proletariat! Auch eine Frau von der Vergangenheit und der demokratischen Gesinnung Luise Otto-Peters konnte sich dem Einfluß ihrer Klassenlage nicht entziehen. Ihn geistig zu überwinden, dazu hätte es eines tief eindringenden wissenschaftlichen Studiums bedurft, das man von der Greisin wahrhaftig nicht mehr erwarten durfte. Sie hatte in ihrer Weise der Allgemeinheit das Beste von dem gegeben, was sie zu geben vermochte.

Wir würdigen Luise Otto als eine der tapfersten Vorkämpferinnen für die Rechte des weiblichen Geschlechts. Allen Frauen rufen wir die Worte zu, die sie 1844 in den „Vaterlandsblätter“ auf die Anfrage antwortete: „Haben die Frauen ein Recht zur Teilnahme an den Interessen des Staates?“ — „Die Teilnahme der Frauen an den Interessen des Staates ist nicht allein ein Recht, sie ist eine Pflicht der Frauen.“

Mathilde Wurm.

Bezirks-Frauenkonferenzen.

IV.

Am 26. Januar hatte der Bezirk Hessen-Darmstadt eine Frauenkonferenz veranstaltet, die im Saalbau zu Offenbach tagte. Der Bezirksvorstand, die Kreisleiter und zahlreiche weibliche Delegierte sowie die Vertreter der Offenbacher und Frankfurter Parteipresse waren erschienen. An den einleitenden Vortrag der Unterzeichneten knüpfte sich eine lebhafte Diskussion, die äußerst anregend wirkte.

Genosse Ulrich leitete die Konferenz und rief in ihr eine begeisterte Stimmung wach, die bis zum Schlusse anhielt. Er zeigte, aus welcher kleinen Anfängen die jetzt aufblühende proletarische Frauenbewegung im Bezirk hervorgewachsen ist und welche schier unüberwindlich scheinenden Widerstände ihr entgegentraten. Nun dehnt sie sich ohne äußeres Zutun weiter aus, wie „der Fleck im Löschblatt“. Ihre Weiterentwicklung wird aber um so günstiger sein, das betonte der erprobte Vorkämpfer des Proletariats, je mehr die Anregungen der Konferenz Beachtung finden. Genosse Kaul verwies auf die Tätigkeit der Frauen in der Kinderbeschulungskommission und der Jugendbewegung, die geeignet sei, viel schlummernde Kräfte zu wecken und weiter zu entwickeln. In begeisterter Rede erörterte unsere temperamentvolle Genossin Efinger-Mainz die Notwendigkeit einer intensiven Agitation unter den Indifferenten, einer weitgehenden Unterstützung der Gewerkschaftsbewegung und der Schulung der Organisierten.

Die Möglichkeit der Betätigung der Frauen in der Gemeinde als Armen- und Waisenspflegerinnen usw. besprach Genosse Bruns-Offenbach. Der feste Wille, sich zu schulen, um später mitarbeiten zu können, müsse allerdings vorhanden sein. Genosse Busold bekannte, daß ihn die praktische Erfahrung aus einem Saulus zu einem Paulus in der Beurteilung der Frauenbewegung gemacht habe, die er auf das wärmste befürwortet. Wertvolle Fingerzeige für die Agitation gaben die Genossinnen Ott und Ennenbach-Frankfurt und Genossin Lönning-Offenbach, Mitglied des Bezirksvorstandes. Die

Frankfurter Genossinnen bedauerten angeichts der so anregenden Verhandlungen, daß der Bezirk Frankfurt bisher unterlassen habe, durch eine Konferenz die Arbeitsfreudigkeit der weiblichen Parteimitglieder zu steigern. Die Tagung wurde mit dem Wunsche auf Wiederholung im nächsten Jahre geschlossen.

Der Vorstand des Bezirks Chemnitz hatte zum 9. Februar eine Frauenkonferenz nach dem Volkshaus zu Chemnitz einberufen. 191 Delegierte nahmen an ihr teil, darunter die Kreisvorsitzenden, die Bezirksleitung, die Vertreter der Kinderchutzkommissionen — 26 Genossinnen und 24 Genossen —, die weiblichen Delegierten, ein Vertreter der Presse und des Arbeitersekretariats. Der 10. Wahlkreis hatte 18 Genossinnen und 3 Genossen entsendet, der 15. Wahlkreis 22 Genossinnen, 3 Genossen; der 16. Wahlkreis 34 Genossinnen, 28 Genossen; der 17. Wahlkreis 13 Genossinnen, 3 Genossen; der 19. Wahlkreis 6 Genossinnen, 2 Genossen. Der 20. und 21. Kreis hatten leider nur je einen Genossen und keine Genossin delegiert. Auf der Tagesordnung stand: „Die Organisations- und Schulungsarbeiten unter dem weiblichen Proletariat“ und „Die Aufgaben der Kinderchutzkommissionen.“ Die Unterzeichnete hatte zu beiden Punkten das einleitende Referat übernommen, und erfreulicherweise setzte eine lebhafte Diskussion ein.

Genossin Wagner berichtete aus dem reichen Schatze ihrer Erfahrungen. Sie empfahl eindringlich, überall Lesende einzurichten und diese Abende nicht nur zur theoretischen Schulung der Genossinnen zu nutzen, sondern sie bei diesen Zusammenkünften auch zur praktischen Mitarbeit anzuleiten. Für die Durchführung einer planvollen Kleingagitation befürwortete sie, Straßenvertrauenspersonen zu wählen, die sich in Chemnitz vorzüglich bewährt hätten. Nachdrücklich trat Genossin Drescher-Glauchau für die weitestgehende Agitation unter den Indifferenten ein, damit in steigendem Maße die Proletarierinnen in den Reihen der Sozialdemokratie für ihre Befreiung kämpfen lernen. Welche Gegnerin für unsere Bewegung die indifferente Frau ist, wie schädigend sie uns entgegenwirkt, besonders bei der Verbreitung unserer Parteipresse, das wies Genossin Fiedler-Döbeln in überzeugenden Worten nach. Genosse Schleicher-Meerane befürwortet, daß auch die Feste der Partei und Gewerkschaften zur Propaganda unter den Frauen ausgenutzt werden sollten. Eine gute Festrede und die mündliche Aussprache mit den Besucherinnen der Veranstaltungen könnten uns manche Anhängerinnen zuführen. Genosse Schleicher wünschte, daß außer den Bezirkskonferenzen nach Bedarf auch Kreis-konferenzen stattfinden möchten, um die Frauenbewegung zu fördern. Der hohe propagandistische Wert des sozialdemokratischen Frauentags wurde von Genossin Wöttsche-Mtendorf betont, die lebhaft begründete, daß diese Kundgebung alljährlich stattfindet. Genossin Theilbar-Chemnitz, die sehr hübsch diskutierte und die sich geradezu mustergültig in der Kleinarbeit betätigt, verurteilte scharf die Zaghaftigkeit der Reichenhainer Genossinnen, die nicht gewagt haben, ein Mandat zur Konferenz anzunehmen.

Welch großes Rekrutierungsgebiet die Sozialdemokratie im allgemeinen und nicht am wenigsten auch unsere Frauenbewegung in dem hochindustriellen Chemnitz besitzt, das wies Genossin Schläg-Chemnitz, Vorstandsmitglied des Ortsvereins, einleuchtend nach. Es müsse der einzelnen Genossin klargemacht werden, daß hier für jede Betätigungsmöglichkeit vorhanden sei. Heute stellten viele sich das Wirken in der Partei viel zu schwer vor. Man solle nicht Dächer bauen, wo das Fundament noch fehle. Genossin Drechsler erklärte, daß sie mit dem Referat rüchhaltlos einverstanden sei, und wünschte alljährlich wiederkehrende Konferenzen. Die berichtete, wie gut die Frauenbewegung im Kreise Döbeln fortschreitet. Die Wichtigkeit der Zugendbewegung wurde vom Genossen Kranz betont, der meinte, daß die politische Organisierung von Arbeiterfrauen und -töchtern oft unter-

bleibe, weil der Beitrag aus dem Portemonnaie des Mannes gezahlt werden müsse. Diese Anschauung fand jedoch lebhaften Widerspruch. Genosse Dreischer empfahl, recht lebhaft unter den Frauen bei den Krankenkassenwahlen zu agitieren. In eindrucksvoller, bilderreicher Rede befürwortete Genossin Schilling-Döbeln eine intensive Agitation und eine planmäßige Schulungsarbeit unter den Proletarierinnen, um sie zu befähigen, am Befreiungskampf ihrer Klasse mit reifer, voller Kraft teilzunehmen. Nachdrücklich betonte sie die Notwendigkeit des Lesens, wenn die Frauen geistig emporsteigen wollen. Auch sie wünschte die Wiederkehr der Bezirkskonferenzen und nach Bedarf die Abhaltung von Kreis-konferenzen.

Eine lebhafte Diskussion folgte dem Vortrag über: „Die Aufgaben der Kinderchutzkommissionen.“ Nach Schluß der prächtig verlaufenen Konferenz fand eine kurze Besprechung mit den Kreisleitern statt, die versprachen, gemeinsam eine Agitationstour im ganzen Bezirk vorbereiten zu wollen. Die Genossinnen Baumann und Ruben werden sie ausführen und hoffentlich der Partei eine stattliche Zahl neuer weiblicher Mitglieder zuführen. Not tut das ja in diesem Bezirk, in dem die Zahl unserer organisierten Genossinnen noch verhältnismäßig klein ist, obgleich die Proletarierinnen lebhaftes Sympathie für die Sozialdemokratie empfinden. Das bewiesen die drei Versammlungen, die von der Unterzeichneten im Anschluß an die Konferenz in Chemnitz und Gröna abgehalten wurden und die der Partei 140 neue Mitglieder brachten. L. Bieß.

Überstundenunfug in der Textilindustrie.

Nach den Berichten der Gewerbeaufsichtsbeamten wurden im Jahre 1911 in 13 559 Textilfabriken 439 109 erwachsene Arbeiterinnen beschäftigt. Ihre Zahl ist fortgesetzt im Steigen begriffen, und alle Anzeichen sprechen dafür, daß die Zunahme auch anhalten wird; die Klagen über Arbeiterinnenmangel sind in der Textilindustrie allgemein. Trotzdem die Betriebsleiter immer wieder den Mangel an weiblichen Arbeitskräften konstatieren, geschieht doch nichts, was geeignet wäre, die Leistungsfähigkeit der Arbeiterinnen solange als möglich zu erhalten. Das Umgekehrte ist der Fall. In der brutalsten Weise wird in der Textilindustrie die Arbeitskraft der Arbeiterin ausgenutzt, und die kapitalistische Profitgier respektiert dabei nicht einmal immer die völlig unzulänglichen Schutzbefehle des Gesetzes. Die 58stündige Arbeitswoche der Frauen und Mädchen, die wir als einen dürftigen Anfang zu einem wirksameren Arbeiterschutz ansprechen könnten, wird aufgehoben durch die erschreckend große Zahl von Überstunden, die die Unternehmer schaffen lassen. Seitdem die gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Arbeiterinnen bestehen, haben die Textilindustriellen auch verstanden, die Erlaubnis zum Überstundenarbeiten in größtem Umfang zu erlangen. Das Heranziehen der Arbeiterinnen zu Überstunden hat sich längst zu einem Unfug schlimmster Art ausgewachsen. Wohl geht aus den Berichten der Beamten vom Jahre 1911 hervor, daß die Erlaubnis zu Überstunden nicht mehr so häufig verlangt wird wie früher. Einige Beamte wissen auch zu melden, daß die Unternehmer selbst erklären, Überstunden seien unrentabel, namentlich dann, wenn sie höher entlohnt werden müßten. Auch meinten die Unternehmer, daß die Arbeiterinnen recht wenig Neigung für Überstunden hätten. Alles das wird aber von den Betriebsleitern wie von den Aufsichtsbeamten viel zu wenig beachtet. Überstunden werden beantragt und bewilligt, selbst wenn, wie in Bayern, der Beamte aus seinem Bezirk über einen schlechten Geschäftsgang der Textilindustrie berichten mußte, der das ganze Jahr hindurch anhält. Der Überstundenunfug besteht weiter und wird bestehen, solange nicht für Arbeiterschutz und Fabrikinspektion die Forderungen erfüllt sind, die die organisierte Arbeiterschaft seit je erhoben hat, und die von der Sozialdemokratie auch bei jeder Ge-

legenheit im Reichstag vertreten werden: Beschränkung der gesetzlich zulässigen Überstunden auf ein Mindestmaß; Bewilligung von Überstunden innerhalb dieser Grenzen nur in Fällen tatsächlich außergewöhnlichen Verhältnissen; Erweiterung der Machtbefugnisse der Aufsichtsbeamten; Anstellung von Aufsichtsbeamten aus den Kreisen der Arbeiterschaft. Aber bis diese Forderungen erfüllt sind und auch dann noch wird eine der wichtigsten Bedingungen für den Schutz der Arbeiterinnen gegen Überstunden bleiben: das Wirken der Gewerkschaftsorganisation, die für strenge Durchführung des gesetzlichen Schutzes und der Fabrikinspektion sorgt und die Arbeiterinnen dazu erzieht, sich selbst gegen die Durchlöcherung der Gesetzesvorschriften zu wehren.

Im Jahre 1911 wurden nach den Berichten der Gewerbeaufsichtsbeamten in 1946 Betrieben der Textilindustrie für 181 787 Arbeiterinnen an 34 773 Betriebstagen 1 849 678 Überstunden bewilligt. Dazu kamen noch die Bewilligungen zu längerer Arbeit an 1216 Sonnabenden, an denen 1673 Arbeiterinnen in 35 Betrieben 59 641 Überstunden geschafft haben. Das sind insgesamt 1 909 313 Überstunden. Davon leisteten in Preußen allein 1020 Arbeiterinnen 21 210 Überstunden an Sonnabenden. In Preußen und Sachsen wurden überhaupt von den Textilkapitalisten die meisten Überstunden gefordert. 521 Betriebe der Textilindustrie in Preußen erhielten an 10 008 Betriebstagen für 42 226 Arbeiterinnen 574 514 Überstunden bewilligt, 1057 Betriebe der sächsischen Textilindustrie an 17 294 Betriebstagen für 104 998 Arbeiterinnen 794 374 Überstunden. Und damit hatten die profitwütigen Unternehmer nicht einmal genug. In Preußen wurden noch 66 Anträge auf Überstunden, darunter 5 für den Sonnabend, abgelehnt, in Sachsen 19 Anträge. Die höchste Durchschnittsziffer der Überstunden für Arbeiterinnen entfiel von allen Industrien auf die Textilindustrie. Hier kamen auf den Betrieb 1704 Überstunden. Doch auch eine andere Tatsache wird durch die Berichte der Aufsichtsbeamten erwiesen und läßt den Überstundenunfug in seinem ganzen „Glanze“ erscheinen. Die meisten Zuwiderhandlungen gegen die gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Arbeiterinnen kamen vor bei den Vorschriften über die Pausen, den Schluß der täglichen Arbeitszeit und über die Beschäftigung von Wächterinnen. Offensichtlich tritt also das Bestreben zutage, die Arbeiterinnen um den gesetzlichen Schutz zu bringen. Dieser Umstand müßte zur größten Strenge bei der Prüfung von Gesuchen veranlassen, in denen die Unternehmer um die Bewilligung von Überstunden einkommen. Das Gesetz besagt, daß im Interesse des Arbeiterinnenschutzes nur das Allernotwendigste an Ausnahmen zu gestatten sei. Nach der Zahl der bewilligten Überstunden zu schließen, überschreiten jedoch die Behörden die Grenze des Notwendigen ganz erheblich.

Die meisten Arbeiterinnen, von denen Überstunden verlangt wurden, sind verheiratete Frauen. Ihre häuslichen Verrichtungen wurden um die Dauer der Überstunden hinausgeschoben, müssen aber dennoch getan werden, und wäre es des Nachts. Es ist eine Gewissenlosigkeit, die Arbeiterinnen ohne Rücksicht darauf in den Betrieben zurückzuhalten. Das Familienleben leidet Schaden, die Gesundheit der Frauen nicht minder. Was schert aber die Unternehmer die Gesundheit und das Familienglück der Arbeiterinnen, wenn ihr Profit in Frage kommt? Wohl leisten die Arbeiterinnen nicht gern Überstunden, jedoch wozu ist man „Serr im Hause“? Die Überstunden werden den Ausgebeuteten einfach aufgezwingen.

Der Deutsche Textilarbeiterverband ist auf das eifrigste bestrebt, eine Herabsetzung der Arbeitszeit zu erreichen und dem Überstundenunwesen zu steuern. Damit dient er ganz besonders den Interessen der Arbeiterinnen. Diese sollen Zeit gewinnen für Ruhe, Erholung und Bildung, Zeit für ihre Pflichten gegen die Familie und die organisierten Brüder und Schwestern, Zeit dafür, mit ihnen zusammen eine lichtere Existenz und die volle Befreiung der Menschheit in der Zukunft vorzubereiten. Mehr und mehr erkennen die aus-

gebeuteten Textilarbeiterinnen, welchen treuen Beistand sie in dieser Organisation besitzen. Gegen 54 000 von ihnen sind ihr angeschlossen. Die ständig wachsende Zahl der weiblichen Mitglieder im Deutschen Textilarbeiterverband beweist, daß die gewerkschaftliche Erziehungsarbeit Fortschritte macht. Sie wird unter Mitwirkung einer beträchtlichen Zahl agitatorisch tätiger Arbeiterinnen betrieben, die die Nöte und Bedürfnisse der schwer frondenden Frauen und Mädchen kennen. Aber trotz alledem steht eine große Zahl Textilarbeiterinnen dem Verband noch fern. Sie müssen der Organisation beitreten; denn auch in ihrem Interesse liegt die Herabsetzung der Arbeitszeit, liegt die Beseitigung des Überstundenunfugs, der gesundheitliche und wirtschaftliche Nachteile für sie zeitigt. Die Organisation lehrt die Arbeiterinnen diese Nachteile erkennen, sie erzieht sie dazu, die Überstunden zu verweigern und dadurch ihre schließliche Beseitigung herbeizuführen. Je größer die Zahl der organisierten Arbeiterinnen ist, um so leichter lassen sich auch Forderungen durchsetzen, die im Interesse der ausgebeuteten Frauen und Mädchen erhoben werden müssen. Für die Textilarbeiterinnen gilt die Losung: Verweigerung der Überstunden, um die Bahn zu ebnen für den freien Sonnabendnachmittag. Der eine Fortschritt ist der Wegbereiter des weiteren Erfolgs. Martha Hoppe, Berlin.

Der sozialdemokratische Frauentag.

In Rußland.

Als die letzte Nummer der „Gleichheit“ gedruckt ward, lagen erst die Nachrichten über das polizeiliche Vorspiel des Frauentags vor. Nun der Bericht über den Frauentag selbst.

Rußland ist wahrlich das Land der Überraschungen. Es ist allbekannt, daß in den letzten Jahren die eiserne Faust der Reaktion alle ihre Kräfte spielen läßt, um jede Äußerung des proletarischen Befreiungskampfes zu zermalmen. Und doch bleibt der revolutionäre, kampfbereite Geist der russischen Arbeiterklasse lebendig und kühn! Was alles hat nicht die rechtsbrechende und mordende Regierung versucht, um bei den letzten *Duma* w a h l e n die Stimme der Volksmassen zu fälschen und den sozialistischen Vertretern der Arbeiter das Tor zum Parlament zu verammeln. Die Sozialisten haben trotzdem 14 Sitze erobert. Mit zäher Tücke und brutaler Gewalt verfolgt die Regierung alle ihre „verdächtigen Elemente“. Die Kerker sind mit „politischen Verbrechern“ — Männern und Frauen — überfüllt, und immer neue Trupps von „Umstürzlern“ werden in die unwirtlichsten Gegenden Sibiriens und zur Zwangsarbeit verschickt. Die russische Arbeiterklasse aber bringt am ersten Mai imposante Massenkundgebungen zustande und beantwortet die grausamen Unterdrückungsmaßregeln der Reaktion durch gewaltige, mutvolle politische Streiks, an denen Hunderttausende von Arbeitern und Arbeiterinnen teilnehmen. Und nun am 2. März dieses Jahres eine neue kraftvolle Lebensäußerung des revolutionären Geistes: der sozialistische Frauentag!

Zahllosen Hindernissen und polizeilichen Nüden und Läden zum Trotz haben die russischen Genossinnen ihre Kundgebung für die politische Gleichberechtigung und Freiheit abgehalten, und zwar nicht bloß in Petersburg, sondern auch in Orten der Provinz, ja sogar in Sibirien. Ein sozialistischer Frauentag im Zarenreich, unter der Herrschaft der Knete! Muß man noch besonders betonen, wie groß die Bedeutung dieser Tatsache ist, und das für den Befreiungskampf in Rußland selbst wie auch für die internationale sozialistische Bewegung? Unser Frauentag ist ein neuer, stolzer Beweis, daß die Gesetze der gesellschaftlichen Entwicklung mächtiger sind als alles Loben und Drängen der vereinigten Gewalt von Zarisismus und Kapitalismus. Sie entsafeln und nähren im Proletariat den revolutionären Geist der Empörung gegen alles soziale Unrecht, alle soziale Knechtung, das Bewußtsein der Massensolidarität, das die Ausgebeuteten ohne Unterschied des Geschlechts, der Nation, der Rasse verbindet. Und dieser Geist hat den Frauentag geschaffen und getragen.

Zu Tausenden sind die russischen Arbeiterinnen am 2. März dem Rufe der Genossinnen gefolgt und haben ihre Forderungen gegen Ausbeutung und Entrechtung mit denen ihrer Schwestern im Ausland vereinigt. Die Initiative zum sozialistischen Frauentag in Rußland ging von einer Gruppe Textilarbeiterin-

nen aus. Bei einer aufs äußerste beschränkten Bewegungsfreiheit, von den Argusaugen der Behörden und ihrer Spitzel überwacht, war es keine leichte Aufgabe, die vorbereitende Kleinarbeit für die Veranstaltung zu leisten. Opfer waren unermesslich, aber Mut und Willen der Genossinnen blieben ungeboren. Am 1. und 2. März ließen die beiden sozialistischen Zeitungen in Petersburg: „Lutšč“ und „Pravda“ ein besonderes Blatt zum Frauentag erscheinen. Es brachte Artikel bekannter Genossinnen aus Rußland und dem Ausland, außerdem auch einen Brief des Genossen Webel, der rühmend des Anteils gedachte, den die russischen Frauen seit je an den Freiheitskämpfen ihres Volkes genommen haben, und der den Genossinnen herzlich Glück zu ihrer Kundgebung wünschte. Der Frauentag wurde des weitern auch in der „Zeit“ berücksichtigt, der Wochenschrift des jüdisch-sozialistischen „Bundes“. Die ausführlichere und materialreichere Frauenausgabe des „Lutšč“ wurde beim Erscheinen sofort konfisziert. Trotzdem sind davon wie von der kleineren Ausgabe der „Pravda“ zusammen gegen 50 000 Exemplare verbreitet worden. Wo es nur möglich war, fanden am 2. März Versammlungen statt, die dem Zwecke des Frauentags dienten. In der Provinz wurden meist außer der entsprechenden Resolution auch Grüße an die sozialistische Presse und die sozialistische Dumafraktion beschlossen. Am imposantesten verlief der Frauentag in Petersburg, wo außer der Hauptveranstaltung im großen Saale der Kalaschnikow-Börse noch in zwei Vororten Versammlungen stattfanden.

An der Kundgebung im Börsensaal nahmen allein gegen 3000 Arbeiterinnen und Arbeiter teil. Hunderte fanden keinen Platz mehr. Die sozialistische Dumafraktion war anwesend, Deputationen anderer Körperschaften, wie von Arbeiterorganisationen, waren erschienen. Die Polizei gestattete ihnen nicht, die geplanten Begrüßungen zu verlesen. Es waren Genossinnen, die die glänzende Veranstaltung leiteten und die Referate erstatteten. Genossin Sokolowa führte den Vorsitz, die Genossinnen Janitschewskaja und Margulies kennzeichneten in ihren einleitenden Reden den sozialistischen Charakter des Frauentags und betonten, daß der Kampf gegen wirtschaftliche Ausbeutung und politische Knechtung die gemeinsame Sache der Arbeiter und Arbeiterinnen sei. Über „Die Frau in der Industrie“ sprach Genossin Alexejewa, die Vertreterin des Textilarbeiterverbandes; Genossin Kuschinskaja behandelte den „Gesellschaftlichen Schutz der Frauenarbeit in Rußland“; über „Die wirtschaftliche Lage der Frau und die Prostitution“ referierte Genossin Gurewitsch; die Genossinnen Kartekschjewa und Gudeli gaben einen Überblick über „Die Lage der Frau in der Landwirtschaft“ und „Die Geschichte der russischen Frauenbewegung“. Alle Reden wieser vom sozialistischen Standpunkt aus, gestützt auf Material, einleuchtend nach, wie notwendig es ist, daß die Proletarierin als politisch Gleichberechtigte und Freie mit dem Proletarier zusammen kämpft. Es klangen in der begeisterten Aufforderung zusammen, daß das Heer des Proletariats ohne Unterschied des Geschlechts für die Freiheit ringen müsse. Unter langanhaltendem, stürmischen Beifall wurde einstimmig die untenstehende Resolution angenommen. Begeisterung und Kampfesfreudigkeit durchglühte die große Petersburger Versammlung wie auch die Kundgebungen anderwärts. Sogar die bürgerliche Presse stellt den Erfolg des sozialistischen Frauentags fest.

Der erste sozialistische Frauentag in Rußland hat neuerlich zum Ausdruck gebracht, daß auch im Streben nach ihrem politischen Rechte die Proletarierinnen ihre eigenen Wege gehen. Sie folgen nicht dem lockenden Rufe bürgerlicher Frauenrechtlerinnen, sich mit ihnen zu einer besonderen Frauenbewegung zusammenzuschließen, sondern sie sammeln sich unter dem roten Banner der geächteten und gehetzten sozialistischen Partei. Der erste sozialistische Frauentag ist unstrittig von Bedeutung für die Entwicklung der sozialistischen Frauenbewegung in Rußland, er ist einer der ersten Bausteine dieser Bewegung, und darum hat er seine Wichtigkeit für die Geschichte des Befreiungskampfes der Arbeiterklasse dieses gemachten Landes. Die sozialistische Fraueninternationale wird ihn aufs freudigste begrüßen als einen leuchtenden Beweis, wieviel die Genossinnen mit eigener Initiative, unerschütterlichem Willen, Ausdauer, Opferfreudigkeit und Solidarität zu erreichen vermögen. Sogar in Rußland, wo die Willkür der zaristischen Schergen das einzige Gesetz ist, wo die Kämpfer und Kämpferinnen für die Freiheit wie im Mittelalter gemartert werden, wo jede Lebensäußerung der sozialistischen Arbeiterbewegung als Staatsverbrechen gilt. Muß das nicht anfeuernd, das Selbstvertrauen und die Kraft erhöhend auf die Genossinnen aller Länder wirken, die unter günstigeren politischen Sternen kämpfen?

Die russischen Proletarierinnen haben es gewagt, ihren Schwestern in Europa und den Vereinigten Staaten zuzurufen: Auch wir sind mit euch, wir sind dabei, wo im Namen des Sozialismus gegen die Entrechtung des Weibes, der Mutter, der Gesellschaftsbürgerin Protest erhoben und volles Recht gefordert wird. Mögen ihnen die Sozialistinnen der ganzen Welt antworten: Wir schreiten euch voran, mutig, einig und entschlossen. Die Zukunft bringt unseren Sieg!
Alexandra Kollontaj.

Die Resolution, die in den russischen Frauentagsversammlungen zur Annahme gelangte, hat folgenden Wortlaut:

„Die tiefgehende Umwälzung der wirtschaftlichen und sozialen Zustände, die der kapitalistische Entwicklungsprozeß mit sich bringt, schafft die Grundlage der Frauenbewegung für das allgemeine Wahlrecht. Die tatsächliche Stellung der Frau in der Industrie, in der Landwirtschaft, im Handelsgewerbe, wie auch die Pflichten, die sie als Mutter und Hausfrau zu tragen hat, berechtigen sie vollauf, die Ausdehnung aller sozialen und politischen Rechte auch auf das weibliche Geschlecht zu fordern.

Die Frauen fordern das allgemeine Wahlrecht, um selbst ihre Rechte zu verteidigen und ihre Interessen wahrzunehmen. Sie fordern das allgemeine Wahlrecht, um teilnehmen zu können an dem Ringen zur Eroberung der politischen Macht, die eine Voraussetzung für die Verwirklichung der sozialistischen Ordnung ist.

Deshalb erklären die Frauen sich bereit, mit aller Energie und Standhaftigkeit für das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht einzutreten, das auf die Wahlen zu sämtlichen offiziell bestehenden Vertretungskörperschaften und auf alle Personen über 20 Jahre ausgedehnt werden soll — ohne Unterschied der Religion, des Geschlechts und der Nation.

Die Forderung der politischen Freiheit wird auch von den Frauen der bürgerlichen Intelligenz erhoben. Aber wenngleich den Proletarierinnen und den Frauen anderer Klassen einige Forderungen rechtlicher und politischer Reformen gemeinsam sind, so besteht doch keine Gemeinsamkeit zwischen den wichtigsten Lebensinteressen, den wirtschaftlichen Interessen der Arbeiterin, der Arbeiterfrau und den zuletzt ausschlaggebenden Interessen der Frau anderer Klassen. Die Befreiung der Proletarierin kann nicht das Werk der Frauen aller Klassen sein. Diese Aufgabe kann nur gelöst werden durch die gemeinsamen Anstrengungen des gesamten Proletariats ohne Unterschied des Geschlechts.“

Diese Begrüßung einer bürgerlichen Frauenorganisation durfte in der großen Petersburger Versammlung nicht vorgelesen werden:

„Laut Beschluß der Generalversammlung begrüßen wir, die Mitglieder des Petersburger Klubs der fortschrittlichen Frauenpartei, Ihre heutige Versammlung. Wir beglückwünschen Sie zu dem schönen, verheißungsvollen Tage, der der Frauenfrage in allen Kulturländern gewidmet ist, wo die Sozialdemokratie mit ihren Bestrebungen für die allgemeine, gerechte Gleichheit auf den Plan tritt. Ohne die Gleichberechtigung der Frau werden Wahrheit und Gerechtigkeit nie auf Erden herrschen; wir freuen uns daher, daß dieses uns teure Ideal auch von den starken Händen der Arbeiterinnen getragen wird. Möge dieser Tag eine Bürgschaft für den Erfolg des Werkes sein, das uns in gleichem Maße wie Ihnen am Herzen liegt. Ehre und Lob der Arbeiterin! Herzlichen Gruß!

Für den Klub:

Die Vorsitzende. Die Schriftführerin.

Die Kundgebung des sozialistischen Frauentags hat auch Kreise studierender Frauen beschäftigt. Eine Versammlung der Hörerinnen der Hochschule Leschast in Petersburg am 20. Februar 1913 nahm die folgende Resolution an:

„In Erwägung, daß nur die grundlegende Änderung der bestehenden sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse den Frauen die Möglichkeit verschaffen wird, ihre geistigen Kräfte zum Ausdruck zu bringen und zu gleichberechtigten Mitgliedern der Gesellschaft zu werden, begrüßen wir Hörerinnen der Hochschule Leschast die neue proletarische Kundgebung des Frauentags. Wir erblicken darin ein sicheres Zeichen für das Wachstum des Klassenbewußtseins unter den Frauen sowie ein mächtiges Mittel der Sammlung dieser Rechtlosen unter den Rechtlosen.“

In Böhmen.

Am 9. März haben die tschechischen Genossinnen in Böhmen ihren Frauentag abgehalten. Der Andrang zu der Versammlung in Prag war so stark, daß trotz der Größe des gewählten Saales nicht alle Besucher Platz finden konnten. Es sprachen Genossin

Macha und Abgeordneter Genosse Meme. Außerdem fanden in 25 Provinzstädten Versammlungen statt, die überall einen sehr guten Erfolg hatten. Sie waren zahlreich besucht, und das verdient hervorgehoben zu werden: nicht nur von Frauen, sondern auch von Männern, die es für ihre Ehrenpflicht hielten, ihre Sympathie für das Frauenwahlrecht zu bekunden. Einstimmig wurde bei allen Veranstaltungen die entsprechende Wahlrechtsresolution angenommen. In vielen Provinzorten werden noch nach dem 9. März Versammlungen für das Frauenwahlrecht abgehalten, weil es nicht möglich war, an dem einen Tage überall dort die Agitation zu entfalten, wo das nötig oder wünschenswert erschien. So sind Versammlungen festgesetzt für Verrau, Holitz, Kuttnerberg, Ehrudin, Pilsen, Radnic, Tabor, Brüx, Klado, Kolin, Türmiz, Reichenberg, Gablonz a. Neisse, Schumburg, Böhmisches Trübau, Königgrätz, Pisek, Rimburk, Pribram, Klattau, Taus und noch viele andere Städte. Ein besonderes Agitationsblatt war zum Frauentag nicht erschienen, aber die ganze Nummer unseres sozialistischen Frauenblattes war der Wahlrechtsfrage gewidmet. — Die Kundgebung für das Frauenwahlrecht ist eine außerordentlich gute Gelegenheit zur politischen und sozialistischen Propaganda unter den Frauen. Sie rüttelt viele aus ihrer Gleichgültigkeit auf und klärt das Verständnis anderer, die angefangen haben, sich für die sozialistischen Ideen zu erwärmen. Sie trägt in jeder Beziehung viel dazu bei, daß die proletarischen Frauenmassen am politischen Leben und Kampf ihrer Klasse teilnehmen.

Karla Macha, Prag.

In Ungarn.

Die Organisation der ungarländischen Arbeiterinnen hat sich nach Kräften bemüht, trotz der außerordentlich schwierigen Lage die Frauen des arbeitenden Volkes zum Kampfe gegen Ausbeutung und Unfreiheit zu rufen. Aus Anlaß des Frauentages hat sie in 50 000 Exemplaren eine Broschüre herausgegeben: Frauen erwacht! Die Veröffentlichung gehört zu den guten Anzeichen von dem Wiederaufleben der sozialistischen Frauenbewegung in Ungarn.

Aus der Bewegung.

Von unseren Frauentagsversammlungen sind noch so viele Einzelberichte eingelaufen, daß es unmöglich ist, sie auch nur aufzuzählen. Wenn wir trotzdem erwähnen, daß die Veranstaltung in Mainz besonders erfolgreich war, so geschieht es, weil es den Genossinnen vielerorts aufgefallen war, daß in dem Gesamtbericht der Name dieses alten, guten Sitzes unserer Bewegung gefehlt hatte.

Sehr viele Frauenversammlungen, die der Agitation für die volle politische Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts galten, haben noch in der Woche nach dem 2. und am Sonntag den 9. März stattgefunden. Statt von einem Frauentag könnte man heuer von einer Frauenwoche sprechen. Die Erklärung dafür liegt auf der Hand. Diese erneute Lehre der Praxis müßte bei späteren Veranstaltungen berücksichtigt werden.

Von der Agitation. Um den politisch noch nicht organisierten Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse im sechsten sächsischen Reichstagswahlkreis die Notwendigkeit ihres Anschlusses an die sozialdemokratische Partei zu zeigen und die bereits organisierten zu neuer Werberarbeit anzuspornen, wurde eine besondere Agitationstour veranstaltet. Als Referentin war Genossin Röhl, Neutöln, tätig. In 24 Versammlungen behandelte sie das Thema: „Die Befreiung der Frau durch den Sozialismus“. Die Referentin entledigte sich der gestellten Aufgabe in vorzüglicher Weise. In wahrhaft volkstümlicher, leicht faßlicher Art, in Worten, die den Verstand und das Herz zugleich erfaßten, schilderte sie die Gebrechen und Verbrechen der heutigen Wirtschafts- und Staatsordnung und legte dar, daß unter ihnen gerade die Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse am schwersten zu leiden haben. Wenn der männliche proletarische Staatsbürger politisch nicht viel Recht hat — so betonte sie besonders — so ist die Staatsbürgerin zurzeit noch politisch unmündig, nur Objekt der Gesetzgebung. Und das, obwohl auch sie für den Bestand des Staates große Opfer bringen muß. Dadurch wies die Referentin nach, daß die Frau im Wirtschaftsleben noch weit mehr als der Mann Ausbeutungsobjekt ist. Nur der Sozialismus vermag das gesamte weibliche Geschlecht sozial und menschlich ganz zu befreien. Er allein kann die Arbeiterklasse in die Sonnenhöhe wahrer Kultur und Menschlichkeit emporheben. Die Sozialdemokratie ist die Partei, die den Kampf zur Befreiung

der Arbeiterklasse durch den Sozialismus führt. Ihr müssen sich auch die proletarischen Frauen und Mädchen anschließen, die ihrer Ausbeutung und Unterdrückung müde sind. Mit den Männern ihrer Klasse zusammen haben sie den Kampf gegen die bürgerliche Ordnung aufzunehmen. Die geforderten Opfer an Zeit, Kraft und Geld dürfen sie dabei nicht scheuen. Jahraus, jahrein nehmen Reich, Staat und Gemeinde Hunderte von Mark in Form von direkten und indirekten Steuern und Abgaben aus den Taschen der Frauen, aus der Kasse der Arbeiterfamilie. Da darf sich die Proletarierin nicht bedenken, freiwillig die wenigen Groschen auszugeben, die die Organisation fordert, um den Kampf für Freiheit und Recht zu führen. Der Besuch der Versammlungen litt hier und da unter der Ungunst des Wetters. Trotzdem können wir mit dem Erfolg der Agitation durchaus zufrieden sein. Sind doch 835 Frauen der Parteiorganisation beigetreten. Außerdem ist manche Frau, die zum erstenmal in einer Versammlung anwesend war, zum Nachdenken angeregt worden. Wir erhoffen daher noch weitere Erfolge bei der Hausagitation, die im Anschluß an die Versammlungen veranstaltet wird. Wir werden die neu gewonnenen Genossinnen an unsere Organisation zu fesseln suchen und sie zu zielbewußten Kämpferinnen schulen. Dazu gehört auch, daß sie die Aufgabe erfüllen, die nachfolgende Generation im Sinne des Sozialismus zu erziehen. Nur durch fortgesetztes Agitieren und Studieren werden auch die Frauen dahin kommen, daß sie politisch gleichberechtigt am öffentlichen Leben teilnehmen und über die Gestaltung der gesellschaftlichen Zustände mitentscheiden. Auch für sie muß die Losung heißen: Vorwärts! Dem Ziele entgegen!

Hedwig Kurt.

Im Herzogtum Anhalt fanden im Monat Februar 22 Volksversammlungen statt, in denen die Unterzeichnete das Thema behandelte: „Der Kampf der Arbeiterklasse um Freiheit und Brot“. Folgende Orte waren von dieser Agitation erfaßt: Cöthen, Großmühligen, Bernburg, Heddingen, Sondersleben, Rienburg, Gusten, Reudorf, Sernrode, Fibersadt, Frose, Dessau, Uten, Köhlan, Maguhn, Pötnitz, Kleinkühnen, Jechitz, Zerbst, Jonitz und Coswig. Die Versammlungen waren durchweg gut besucht, überwiegend von Frauen. Es gelang auch in den meisten Orten, eine Anzahl Mitgliederaufnahmen für die Partei zu machen. So dienten die Versammlungen dem Zwecke, neue Mitglieder zu gewinnen und alte in ihrer Überzeugung zu festigen. In Dessau und Umgegend wurde in der Diskussion besonders auf die noch junge Ortsgruppe des Verbandes der Hausangestellten hingewiesen, die zu organisieren sich Genossin Ehner zur Aufgabe gemacht hat. Sie bedarf noch der tatkräftigen Unterstützung besonders durch unsere Genossinnen, wenn die junge Organisation sich ebenbürtig den anderen Vereinigungen der Arbeiterklasse anreihen soll. Daß die Lage der Hausangestellten verbesserungsbedürftig ist, unterliegt auch in Anhalt wie anderswärts keinem Zweifel. Besonders schlecht entlohnt werden die verheirateten Frauen, die in fremden Häusern Sauberkeit und Ordnung schaffen. Sechs Mark Monatslohn für tägliche zweiwöchentliche Dienstleistungen sind keine Seltenheit. Linchen Dammann.

Auf einer Versammlungstour durch die Provinz Hannover behandelte die Unterzeichnete das Thema: „Der Kampf der Hausfrauen und Mütter gegen Teuerung und Kriegsgefahr“. Versammlungen fanden statt in folgenden 22 Orten: Niedersachswerfen, Bad Lauterberg, St. Andreasberg, Warbis, Herzberg, Klär, Einbeck, Misfeld, Groß-Röhden, Osterode, Lasfelde, Göttingen, Weende, Boven den, Geismar, Förste, Gronau, Salzdetfurth, Sarstedt, Helzen, Gleidingen und Sahndorf. Im allgemeinen waren die Versammlungen gut besucht, hauptsächlich von Frauen. Allerdings war gerade in einigen Orten, in denen eine verhältnismäßig große Anzahl gewerkschaftlich organisierter vorhanden ist, wie zum Beispiel in Göttingen und Osterode, der Besuch schlecht. Offenbar besteht vielfach der Glaube, es genüge, wenn man gewerkschaftlich organisiert sei, und es sei überflüssig, öffentliche politische Versammlungen zu besuchen. Hinzu kommt, daß zurzeit das politische Leben nirgends stark pulsiert, nach dem letzten Wahlkampf herrscht immer noch Ruhebedürfnis vor. In einigen Orten waren außerdem — das trifft besonders auf Göttingen zu — die Versammlungen mangelhaft bekannt gemacht worden. Von den aufgeführten 22 Orten haben nur einzelne eine mehr oder weniger starke Industrie, die kleineren Orte tragen alle mehr ländlichen Charakter. Es muß aber gesagt werden, daß die Schwermüdigkeit der ländlichen Bevölkerungsschichten politischer Regsamkeit, selbst bei den Frauen, zu weichen scheint. Ja in den ländlichen Orten waren

die Versammlungen sogar besser besucht — und zwar manche nicht nur verhältnismäßig —, und in ihnen wurden bessere Ergebnisse erzielt als in den übrigen Orten. Überall waren die tätigen Genossen und Genossinnen erfolgreich bemüht, neue Mitglieder für die Partei zu werben und Leserinnen für die „Gleichheit“ zu gewinnen. Hauptächlich ließen sich die Frauen von der Notwendigkeit ihres Beitritts zur Partei überzeugen. In verschiedenen Orten sollte am Sonntag nach der Versammlung eine Hausagitation unternommen werden, wobei dann einige Ängstliche oder Schüchterne auch noch den Weg zur Organisation gefunden haben werden.

Ende Januar fanden im Wahlkreis Osthavelland sechs Frauenversammlungen statt, in denen Genossin Friedländer-Berlin über „Der Kampf der Hausfrauen und Mütter gegen Teuerung und Kriegsgefahr“ referierte. Alle Versammlungen waren äußerst zahlreich besucht, und die Rednerin erntete für ihre vortrefflichen, packenden Ausführungen begeisterten Beifall. Rund 120 Aufnahmen von Mitgliedern für die politische Organisation waren das Resultat dieser Agitationstour im „Hohenzollernwahlkreis“. Auch die Versammlung in der Oststadt Belken, in der Genossin Zieß über das gleiche Thema sprach, war sehr zahlreich besucht. Wir hoffen, daß mit den 31 Genossinnen, die hier der Partei beigetreten sind, der Anfang zu einer Frauenorganisation gemacht worden ist, die einen blühenden Aufschwung nimmt. Die Erfolge der Versammlungen werden sicherlich bewirken, daß auch in Zukunft die Agitation unter den Frauen die notwendige Beachtung erfährt. Es gilt auch in unserem Kreise die Frauen zu erwecken und zu sammeln, damit sie mit ganzer Kraft dem Sozialismus dienen. E. St.

Aus den Organisationen. Im Auftrag des Bildungsausschusses des Gewerkschaftskartells fand im November und Dezember 1912 in Bremen ein Vortragskursus statt, in dem die Unterzeichnete an drei Abenden das Thema behandelte: „Die Frau und die Reichsversicherungsordnung“; am vierten Abend wurde über „Kinderarbeit und Kinderschutz in Deutschland“ gesprochen. Aus dem großen Gebiet der Arbeiterversicherungsgesetzgebung konnte bei der Kürze der Zeit nur das herausgegriffen werden, worüber die Frau unbedingt unterrichtet sein muß, weil es oft einschneidend ihr Leben berührt. So wurde die Entstehung der Arbeiterversicherung in Deutschland, ihr Wert und ihr Wesen nur in großen Umrissen gegeben. Eine so eingehende Erörterung wie möglich erfuhr hingegen das Krankenversicherungsgesetz, mit besonderer Berücksichtigung der Mutterschaftversicherung, und das Invalidenversicherungsgesetz mit der Hinterbliebenenfürsorge (Witwen- und Waisenversicherung). Die Besprechung des Unfallversicherungsgesetzes mußte aus Mangel an Zeit unterbleiben.

Zur Feststellung der Teilnehmerzahl waren Karten ausgegeben worden, und zwar im ganzen 176, davon 7 an Männer. Die Beteiligung im einzelnen war wie folgt: erster Abend 137 Hörer, zweiter Abend 139, dritter Abend 116, vierter Abend 108; 69 Personen nahmen an allen vier Vorträgen teil. Besonders in Anbetracht der ziemlich weiten Entfernungen und des schlechten Wetters war die Beteiligung an dem Kursus zufriedenstellend, Aufmerksamkeit und Verständnis der Zuhörerschaft waren geradezu vorzüglich. In unsere Kurse kommen Frauen und Männer, die ein mühseliges Tagewerk hinter sich haben. Wenn sie trotzdem ein derartiges Interesse an der Versicherungsgesetzgebung bekunden, wie es sich an den vier Abenden äußerte, so beweist das den festen Willen nach Erkenntnis, ob die so viel gepriesene Sozialgesetzgebung dem Einsatz an Glück, Gesundheit und Leben gerecht wird, den die Arbeiterschaft im Wirtschaftsleben machen muß. Je mehr die Erkenntnis sich Bahn bricht, wie unendlich viel der kapitalistische Staat auch auf diesem Gebiet den arbeitenden, werkschaffenden Massen schuldig bleibt, je mehr Kämpfer wird die Sozialdemokratie gewinnen. An das Referat des vierten Abends schloß sich eine rege Diskussion, in der mancher praktische Wink für die Arbeiten der Kinderschutzkommission gegeben wurde. Die Anregung der Referentin, auch in Bremen die Kinderferienspiele regelmäßig einzuführen, wurde sehr beifällig aufgenommen, und es ist zu hoffen, daß solche für den kommenden Sommer in die Wege geleitet werden.

In Begeßau und Blumenthal fanden gut besuchte Versammlungen mit dem Thema statt: „Die sexuelle Aufklärung in der Arbeiterfamilie“. Sie waren ebenfalls vom Bildungsausschuß einberufen. In den Großstädten ist es wohl etwas Selbstverständliches geworden, daß diese wichtige Frage vor Arbeitereltern besprochen wird; hier aber hörten unsere Genossen und Genossinnen in der Öffentlichkeit zum erstenmal davon. Auch zahlreiche Jugendliche nahmen an diesen beiden Vorträgen teil, und sie bekundeten ebenso wie die Frauen ein so tiefes Interesse an dem Gegenstand,

daß man daran ermessen kann, wieviel Sehnsucht nach Wahrheit und Reinheit in geschlechtlichen Dingen in der Arbeiterklasse vorhanden ist. Dazu beitragen, daß dieses Sehnen zu einem starken, sittlichen Wollen heranreift, ist eine große Aufgabe, deren Bedeutung man nicht unterschätzen darf. Gerade in den heranwachsenden jungen Menschen machen wir viele Kräfte für den Befreiungskampf des Proletariats frei, wenn wir ihnen helfen, in den Wirrnissen des geschlechtlichen Triebens den rechten Weg zu finden und zu gehen.

Klara Bohm-Schuch.

Von der proletarischen Frauenbewegung im Kreise Waldenburg. Die sozialdemokratische Frauenbewegung des Kreises Waldenburg datiert erst seit 1907. Eine Agitationstour der Genossin Lungwisch während des Wahlkampfes gab die Anregung, daß die ersten Frauenbildungsvereine in Altwasser und Sandberg gegründet wurden. Ihnen folgten bald andere in Sellhammer, Salzbrunn und Altlässig. Obwohl sie in ihrem Wirken als Organisationen des kämpfenden Proletariats durch das preussische Vereinsgesetz sehr behindert wurden, nahmen sie doch einen raschen Aufschwung. Nachdem das Reichsvereinsgesetz 1908 die Bewegungsfreiheit der Genossinnen erweitert hatte, traten die Frauenbildungsvereine zur sozialdemokratischen Parteiorganisation über. Ihre Mitglieder erwarben durch ihren Abtritt alle Rechte der organisierten Genossen, konnten jedoch besondere Versammlungen für die weiblichen Parteimitglieder veranstalten und zahlten zunächst nur wie früher einen Beitrag von 10 Pf. monatlich. Trotzdem er 1910 von 10 auf 15 Pf. erhöht wurde, ist die Zahl der weiblichen Mitglieder der Parteiorganisation im Kreise ständig gestiegen. Ende 1909 betrug die Zahl der weiblichen Mitglieder 672, 1910 983, 1911 980, 1912 1159. Seit dem Jahre 1910 sind zwei Genossinnen im Kreisvorstand tätig. 1911 fanden zwölf öffentliche Frauenversammlungen statt, in denen Genossin Selinger über den „Reichstagswahlkampf und die Frauen“ sprach. Sie brachten uns gegen 300 neue Kämpferinnen. Bei allen Versammlungen zeigt sich, daß das Interesse der Frauen am politischen Leben ein reges ist. Der Reichstagswahlkampf hat es bestätigt. Unsere Genossinnen stehen nicht bloß als Parteimitglieder auf dem Papier, sondern sie betätigen sich eifrig als solche, weil sie den Ernst der Zeit begriffen haben. Als es galt, mit den Brotverteuerern Abrechnung zu halten, da waren, trotz der gerade herrschenden Kälte, überall die Frauen mit tätig beim Flugblatt- und Stimmgittelverteilen, Schleppen und Listenführen usw. Dank der Mitarbeit der Genossinnen hat die Sozialdemokratie glänzend gesiegt, allen Nachmitteln der Gegner zum Trotz. So manche Verhöhnung mußten die Frauen wegen ihrer Betätigung von unseren Gegnern ertragen. Der Sieg der Sozialdemokratie hat sie reichlich für ihren Opfermut belohnt. Kurze Zeit nach den Wahlen setzte der Kampf der darbenenden Bergknappen ein. Auch ihn zu teilen waren die Frauen bereit; sie stellten einen großen Teil der Versammlungsbesucher. Als infolge des schändlichen Verhaltens der Christlichen im Ruhrgebiet der Kampf beendet werden mußte, galt auch unser Kampf in Schlesien für verloren. Das Organ der Grubengewaltigen „Der Feierabend zum Wohle der arbeitenden Klassen“ erdreistete sich damals, im Dienste seiner Geldgeber die Schuld für das Elend der Grubenflaven den armen Bergarbeiterfrauen zuzuwälzen. Dieses Blatt schrieb: „Bei uns in Schlesien gibt es eigentlich kein Elend, und wenn es doch hier und da auftritt, so find die Arbeiterfrauen schuld daran, weil sie nicht zu wirtschaften, zu waschen, zu stopfen, säcken, locken usw. versehen.“ Diese Verhöhnung blieb nicht unbeantwortet. Es wurden durch Genossin Ansförge 15 Frauenversammlungen einberufen mit der Tagesordnung: „Haben die Arbeiterfrauen durch ihre Faulheit und ihre Niederlichkeit das himmelschreiende Elend der niederschlesischen Bergarbeiterfamilien verschuldet?“ Genossin Oströth-Waldenburg gab als Referent die richtige Antwort auf die Frage. Diese Versammlungen waren sämtlich gut besucht, zum Teil überfüllt. Die Schreiber des „Feierabend“ waren schriftlich dazu eingeladen worden, hatten es aber vorgezogen, nicht zu erscheinen. Diese Agitation brachte uns 150 neue weibliche Mitglieder. Seither ist eine Abwanderung Hundertter von Bergarbeiterfamilien nach dem Ruhrgebiet erfolgt. Unter ihnen befinden sich viele Genossen und Genossinnen, die den Staub Schlesiens von ihren Füßen geschüttelt haben, um sich im fernem Westen unter besseren Bedingungen eine neue Heimat zu gründen. Diese Abwanderung ist ein harter Schlag für unsere Organisation gewesen, allein er hat uns nicht entmutigt. Im Gegenteil spricht es uns an, um so eifriger zu arbeiten, um 1913 den Verlust wieder auszugleichen. Es gilt auch in diesem Jahre den Kampf weiterzuführen gegen Hunger und Elend, gegen Volksbetrüger und Wahlrechtsräuber für eine bessere, freie Zukunft. Marie Ansförge.

Politische Rundschau.

Das „erhebende Schauspiel allgemeiner Opferwilligkeit“, das der Vorschlag der einmaligen Vermögensabgabe zur Deckung der Heeresvorlage erziehen lassen sollte, will nicht so recht gelingen. Die Mitwirkenden sind nicht mit dem Herzen dabei, ihre Mienen, ihre Bewegungen sind gequält und gezwungen. Ja, wenn es nur ein Schauspiel bliebe, wenn es mit heroischen Stellungen und großen, tönenden Worten getan wäre. Aber es soll bitterer Ernst werden, sintemal man in dieser nüchternen Welt den „Schutz des Vaterlandes“ bar bezahlen muß. Deshalb hat der Jubel, mit dem der große Gedanke des „Opferjahres“ von den Besitzenden aufgenommen werden sollte, einen deutlichen Stich ins Säuerliche. Und es fehlt sogar nicht an unwirksamen Stimmen, die mit Worten wie „Zwangsanleihe ohne Rückzahlungs- und Zinsverpflichtung“, „Konfiskationsprinzip“, „röhe Methode“ und dergleichen mehr in die allgemeine Opferwilligkeit hineinplagen, die die Besitzenden doch nur einmal schandenhalber vor der Welt zur Schau tragen müssen. Der edle Wettstreit zwischen dem Großgrundbesitz und dem Geldkapital um den beiderseitigen Anteil an dem Opfer hat inzwischen an Schärfe nicht eingebüßt. Die Besorgnis wird immer wieder laut, daß die andere Seite nicht genug zahlen werde. Die Junker, die sich um die Mitte des März in Berlin zu einer Versammlung zusammenfanden — sie nennen sie komischerweise „konservativer Parteitag“, dabei bestand die ganze Veranstaltung in einigen Reden der Parteiführer, die in wenigen Nachmittagsstunden gehalten und ohne jede Diskussion verdaut wurden —, haben durch den Mund ihres Anführers, des Grafen Westarp, erklären lassen, daß sie sich ihren Opfermut vor allem mit einer recht scharfen Heranziehung des mobilen Kapitals bezahlen lassen wollen. Es sollen Bestimmungen getroffen werden, daß das mobile Kapital von der technisch leichten Möglichkeit, sich der Besteuerung zu entziehen, keinen allzu ergiebigen Gebrauch machen kann, sagte der Herr Graf. Er hat aber noch andere Bedingungen: die grundsätzliche Zustimmung zu einer Steuervorlage entbindet nicht von der Verpflichtung, bei der Prüfung im einzelnen sorgfältig und vorsichtig zu verfahren. So soll denn die Veranlagung und Erhebung der Abgabe den Bundesstaaten verbleiben, damit deren Finanzhoheit gewahrt bleibe, wie die offizielle Begründung lautet. In Wahrheit, damit der Reichstag, das Parlament des gleichen Wahlrechts, möglichst wenig hineinzureden hat und die von den Junkern beherrschte Verwaltung Preußens ihnen die gewohnten Erleichterungen und Rücksichten gewähren kann. Man weiß ja, wieviel das wert ist bei der Steuereinschätzung, die in ihrer jetzigen Form in Preußen für die Junker wenigstens eine teilweise Erhaltung ihres einstigen Steuerfreiheitsprivilegs bedeutet. Den Ausfall, der auf diese Weise entfiel, sollen die Geldkapitalisten und die Industriellen tragen. Starke Garantien fordern die Junker ferner gegen eine Wiederholung einer solchen Prüfung ihrer Opferwilligkeit. Die Maßnahme muß den Charakter einer Ausnahme so deutlich wie nur möglich aufgedrückt erhalten, es muß soweit wie möglich ein Niegel vorgehoben werden, daß die einmalige Erhebung ihre Nachfolger für andere Zwecke finden könnte, erklärte Junker Westarp unter dem stürmischen Beifall seiner Hörer. Vor allen Dingen aber fordert das Junkertum nun Entschädigung bei der Deckung der dauernden Ausgaben. Wenn sie der einmaligen Vermögensabgabe zustimmen, so verbitten sie sich um so entschiedener die Erbschaftsteuer und überhaupt jede wirksame Besitzsteuer. Zwar hat Graf Westarp erklärt, daß die Konservativen auch eine Besitzsteuer genehmigen wollen. Aber nicht etwa, weil sie anerkennen, daß eine Besteuerung im Stile von 1909 einfach nicht mehr wiederholt werden darf, weil die künstliche Verteuerung der Lebens- und Genussmittel der großen Masse des arbeitenden Volkes und des Mittelstandes schon alles erträgliche Maß übersteigt und auch Verkehr und Gewerbe schon genugsam durch indirekte Abgaben gehemmt werden. Sondern lediglich, weil sie wissen, daß es ohne ein solches Zugeständnis an die öffentliche Meinung nun einmal nicht geht. Denn Zentrum und Nationalliberale können ohne eine solche Dekoration eine neue Steuervorlage nicht annehmen, wenn sie nicht Scharen ihrer Wähler riskieren wollen. Die Konservativen werden von derartigen Rücksichten weniger geplagt, sie treiben in den gesegneten Gefilden der ostelbischen Gutsbezirke schon noch die nötige Anzahl abhängiger Landarbeiter, Bauern und Geschäftsleute für sich an die Wahlurnen. Im übrigen fehlt es auf dem Junkertag natürlich nicht an den üblichen Protesten wider das Mittelmaß an dem letzten Vollwerk gegen die Revolution, am preussischen Dreiklassenwahlrecht. Ebenso erscholl lautes Geschrei nach einem neuen Sozialistengesetz. Es kann ja heutzutage kein Konven-

tikel unserer offenen Reaktionäre mehr zusammentreten, das nicht die maßwichtige Forderung erhöhe, ein Drittel des deutschen Volkes unter Ausnahmerecht zu stellen. Es mag dahingestellt bleiben, ob die Leute wirklich so beschränkt sind, daß sie trotz des gänzlichen Fehlschlags des Sozialistengesetzes noch daran glauben, die gegen die siebziger und achtziger Jahre riesenhaft gewachsene Arbeiterbewegung durch ein Ausnahmegesetz erdrosseln zu können. Aber vielleicht denken sie gar nicht so weit. Sondern ihre Berechnung geht lediglich dahin, durch ihr beständiges Alarmgeschrei dem deutschen Liberalismus so bange zu machen, daß vor allem sein nationalliberaler Flügel sich wieder auf Geheiß und Verderb den Junkern verschreibt. Für die Deckungsvorlage brauchen sie die nationalliberale Gefolgschaft sehr nötig.

Wie die Deckungsfrage für die dauernden Ausgaben gelöst werden soll, darüber erfährt man noch immer nichts. Bethmann Hollweg scheint bedenklich in der Klemme zu sitzen. Im preussischen Staatsministerium hat er die Vermögenszuwachssteuer beschließen lassen. Aber die Bundesstaaten haben ihm einen Strich durch die Rechnung gemacht, sie wollen die Vermögensbesteuerung in jeder Form für sich behalten. An die Erbschaftsteuer wagt sich der Kanzler nicht heran. Was nützt ihm die sichere Mehrheit, die im Bundesrat wie im Reichstag vorhanden ist? Junker und Zentrum gehören ja nicht zu dieser Mehrheit. Und darum ist die Erbschaftsteuer unmöglich, denn gegen Junker und Pfaffen Politik zu treiben, das ist ein gar gefährliches Unternehmen in Preußen-Deutschland. Was nun noch für eine Besitzsteuer übrig bleibt, ist schwer zu sagen, wenn es eine sein soll, die diesen Namen verdient. Die Regierung und die Offiziösen bewahren feierliches Schweigen. Die „Tägliche Rundschau“ aber versichert, daß sie Bescheid weiß. Alles, was sie indes über die kommende Besitzsteuer angibt, ist, daß sie 80 Millionen Mark jährlich ergeben soll; Namen und Art verrät das Blatt nicht. Hat es recht, so bleibt die Frage, wie der „Nest“ von 120 bis 170 Millionen Mark aufgebracht werden soll, denn auf 200 bis 250 Millionen Mark wird ja die dauernde Mehrbelastung des deutschen Volkes durch die Heeresverfärbung angegeben. Daß dieser Nest nicht durch direkte Steuern auf den Besitz aufgebracht werden soll, darin scheinen alle bürgerlichen Parteien bereits einig zu sein. Mit großer Gemütsruhe wird schon der Plan erörtert, die Ermäßigung der Zuckersteuer abermals hinauszuschieben. Diese Ermäßigung war schon wiederholt versprochen und immer wieder verschoben worden, sie sollte aber jetzt ganz bestimmt eintreten, nachdem die große Besitzsteuer erst fertiggestellt sein würde. Mag die Masse nur zahlen. Aber das wird noch lange nicht genügen. Von nationalliberaler Seite werden denn auch bereits eine stärkere Belastung des Tabaks und ähnliche „Luzussteuern“ gefordert. Eine solche Forderung wird erhoben drei Jahre nach der großen Schröpfung von 1909, wodurch diese „Luzussteuern“, die die bescheidenen Genüsse der großen Masse verteuern, durch die Bank beträchtlich erhöht wurden!

Auf dem Balkan, wo der Krieg noch immer andauert — er hat allerdings seit dem Waffenstillstand außer der Eroberung der Festung Janina durch die Griechen keine großen Ereignisse und Entscheidungen gebracht — ist jetzt auch das Blut eines Königs geflossen. In Saloniki, auf frisch erobertem Boden, der mit dem Blute so-vieler Friedlicher und Unschuldiger getränkt ist, wurde der König von Griechenland durch den Schuß eines Geisteskranken niedergestreckt. Ein Teil der bürgerlichen Presse gibt sich große Mühe, den Attentäter als Sozialisten hinzustellen, um der Sozialdemokratie eins auszuweisen. Es verlohnt sich kaum der Mühe, dieses erbärmliche Beginnen zurückzuweisen. Die Mächte bemühen sich zurzeit um die Vermittlung des Friedens, haben aber vorerst bei den Verbündeten kein sonderliches Entgegenkommen gefunden. Diese haben Forderungen aufgestellt, die die Türken wie die Mächte für unannehmbar erklären. Derweil hat sich ein Konflikt zwischen Österreich-Ungarn und Montenegro ergeben, der schnell bis zu Kriegsdrohungen gediehen ist. Österreich-Ungarn hat Kriegsschiffe in die albanischen Gewässer entsendet. Es möchte verhindern, daß Montenegro in den Besitz der Festung Skutari gelangt, die es für den neu zu schaffenden Staat Albanien gewahrt wissen will. Deshalb hat man in Wien auf einmal gefunden, daß Montenegro die Stadt zu unbarmherzig bombardiert, und daß der Zivilbevölkerung der Abzug gestattet werden müßte, was Montenegro aus militärischen Gründen verweigert. Auch das Schicksal der katholischen Albanier, die in den von den Montenegrinern besetzten Gebieten zwangsweise zum Übertritt zur griechisch-orthodoxen Kirche bewogen werden, befürmert die österreichische Regierung sehr. Sie hat also allerlei schöne Vorwände für ihr Vorgehen.

In Belgien ist eingetreten, was zu befürchten war. Als Lug und Trug hat sich die Hoffnung erwiesen, die man den sozialdemokratischen Führern gemacht hatte, daß die Regierung die Wahlreform einleiten werde, wenn das Proletariat die Generalstreiksandrohung zurückziehe. Der Ministerpräsident hat die Reform glatt verweigert, und die Arbeiterpartei sieht sich daher gezwungen, den schon abgefragten Generalstreik aufs neue auf den 14. April anzusetzen.

Die französische Sozialdemokratie setzt ihren tapferen Feldzug gegen die Rüstungsvorlage und insbesondere gegen die dreijährige Dienstzeit unentwegt fort. Das Ministerium Briand ist über die Wahlreform gestürzt, da die radikale Mehrheit des Senats gegen die Verhältniswahl entschied, durch die sich die herrschende radikale Partei in ihrem Mandatsbesitz bedroht fühlt. Das neue Ministerium Barthou hat die Rüstungsvorlage in den Vordergrund gestellt. Und die bürgerliche Mehrheit der Kammer ist ihm darin beigetreten, sie lehnte einen Antrag ab, ihren Beschluß für die Verhältniswahl gegen das ablehnende Votum des Senats aufs neue zu bekräftigen. Die Wahlreform kann versumpfen, wenn nur die Rüstungsvorlage unter Dach kommt. In- des wächst der Widerstand im Lande gegen die militaristische Forderung von Tag zu Tag. H. B.

Gewerkschaftliche Rundschau.

Für den Verleumdungsfeldzug gegen die Klassenbewußte Arbeiterbewegung haben wir in voriger Nummer einen ungemein drastischen Beweis mitgeteilt. Er zeigte, daß die Scharfmacherpresse vor den schmutzigsten Lügen nicht zurückschreckt, um das kämpfende Proletariat zu befudeln. Heute müssen wir von einem ähnlichen Schelmenstück berichten. Es ist zwar nicht von den offenen Gegnern der modernen Arbeiterbewegung geliefert worden, die Infamie kommt vielmehr aus den Reihen der gegnerischen Gewerkschaften, aber dieser Umstand macht sie nur um so abstoßender. Das um so stärker, als auch in diesem Falle die Absichtlichkeit der Verleumdung in die Augen springt, denn diese wird mit seltener Hartnäckigkeit wiederholt, obgleich ihre Verlogenheit mit Händen zu greifen ist, ja längst erkannt sein mußte. Der Vergarbeiterverband kann sich der unzähligen Verleumdungen kaum erwehren, die aus anderen Vergarbeiterorganisationen gegen ihn geschleudert werden. Der christliche Verband leistet darin unabweisbar das Hervorragendste. Doch hier in unserer besonderen Falle hat die polnische Berufsvereinigung die häßliche Schuld auf sich geladen, die schimpflich zu verleumden, die noch vor Jahresfrist im Kampfe der Ruhrbergarbeiter ihre Bundesgenossen gewesen sind. Wenige Tage nach Beendigung jenes Streiks war in allen Scharfmacher- und Zentrumsblättern wie in der christlichen Gewerkschaftspresse das Folgende zu lesen. Der alte Vergarbeiterverband habe ein doppeltes Spiel gespielt. Der Zechenverband hatte am fünften Streiftage den Arbeitern eröffnet, daß denjenigen von ihnen der Lohn für diese Tage nicht als Strafe abgezogen werden sollte, die am sechsten Tage anfahren würden. Daraufhin, so wurde behauptet, habe der Vergarbeiterverband einem Teile seiner Mitglieder heimlich empfohlen, zur Arbeit zurückzukehren. Von der „sozialdemokratischen“ Streikleitung seien besondere Karten für eine große Anzahl Arbeiter ausgegeben worden, die diesen das Anfahren ermdlichteten. Diese Behauptungen mußten irreführend wirken. Wären sie wahr gewesen, so hätte der Verband hinter dem Rücken der Kampfesgenossen ganz treulos gehandelt — die polnische Vergarbeitervereinigung beteiligte sich ja im Gegensatz zur christlichen am Streik. Aber die Behauptungen waren nicht wahr. Der Vorstand des Vergarbeiterverbandes stellte das sofort fest. Er wies nach, daß es sich bei der erlaubten Wiederaufnahme der Arbeit um eine geringe Anzahl invalider Proletarier handle, deren Beschäftigung von keinerlei Einfluß auf den Streik sein konnte. Die Betroffenen wurden auf den Gruben mit kleinen Nebenarbeiten beschäftigt. Sie bedurften des schmalen Verdienstes, weil ihre dürftige Invalidenrente zur Fristung des Lebens nicht ausreicht. Hätten sie weiter gestreikt, so würden die Vergewaltigten sicher gar nichts dagegen gehabt haben, gerade diese Leute auf bequeme Weise los zu werden. Die polnische Vergarbeiterzeitung blieb gegen diese Feststellung taub. Sie fabulierte, daß am Tage der Aufhebung des Streiks die Führer des Vergarbeiterverbandes mit lächelnden Mienen und sichtlich Zufriedenheit inmitten der erregten Vergarbeiter gestanden seien. Die Sozialisten wollten ja aufregen und unzufrieden machen, um sich für die Niederlage einiger sozialistischen Kandidaten bei der Reichstagswahl zu rächen. Der Vorstand des Vergarbeiterverbandes schickte dem polnischen Blatte eine Berichtigung zu, die jedoch dieses nicht hinderte, das

alberne Märchen aufrechtzuerhalten. So blieb dem Vorstand nichts anderes übrig, als die Sache gerichtlich feststellen zu lassen. Vor Gericht versuchte der Redakteur des polnischen Blattes auch nicht einmal den Schatten eines Beweises für die infame Verleumdung. Sinegen redete er sich schließlich mit der Erklärung heraus, er habe die Verbandsleitung gar nicht treffen wollen, sondern nur örtliche Führer. Das Schöffengericht in Bochum hupfte auf den Reim dieser Auslegung, und da es sich auf den Standpunkt stellte, daß der Vorstand nicht berechtigt sei, im Namen des Verbandes zu klagen, so ging der Verleumder straffrei aus. Der aber ging hin und posierte in die Welt hinaus, der Verband habe den Prozeß verloren. Daraufhin mußte der Vorstand Berufung beim Landgericht einlegen, das den zähen und tückischen Verleumder denn auch verurteilte. Der Fall ist geradezu ein Schulbeispiel dafür, mit welcher widerlichem Lügnergeschmeiß sich gerade der Vergarbeiterverband herumgeschlagen muß. Wenn dieses Geschmeiß nicht einmal an den eigenen Lügen erstickt, so ist es überhaupt nicht tot zu kriegen. Was die angeführte Verleumdung selbst betrifft, so darf man dieses nicht vergessen. Sie wurde hinausgeschleudert und breitgetreten in einer Zeit der erregtesten Stimmung unter den Vergarbeitern. Sie mußte den Verband nicht nur in der Öffentlichkeit verächtlich machen, sondern auch das Vertrauen der Mitglieder des Verbandes selbst erschüttern.

Von den großen Tarifbewegungen ist nun auch die im Solzgewerbe beendet. Im Augengewerbe stehen die Dinge so: Nach längeren Beratungen haben die drei Unparteiischen ein Vertragsmuster ausgearbeitet, das die Grundlage bildet, auf der in den einzelnen Orten beziehungsweise Bezirken zu verhandeln ist. Der Mustervertrag enthält Normen für die Arbeitsbedingungen im allgemeinen. Die Unternehmer hatten beantragt, beide Vertragsparteiien sollten je 50 000 Mk. bei einer Bank hinterlegen als Sicherheit für die Durchführung des Vertrags. Von diesem Kapital sollten bei Vertragsbruch Schadenersatzansprüche gezahlt werden. Die Unparteiischen haben jedoch dieses Ansuchen der Unternehmer glatt abgelehnt. Die Vertreter der Arbeiter erklärten, auf Grund des Vertragsmusters in örtliche Verhandlungen einzutreten zu wollen, die Unternehmervertreter versicherten, keine solche Erklärung abgeben zu können. Sie seien verpflichtet, die Vorschläge ihrem Gesamtvorstand zu unterbreiten. Eine Vorstandssitzung sollte sofort einberufen werden, sie würden dieser die Vorschläge als Grundlage für die örtlichen Verhandlungen empfehlen. Dies ist seither geschehen, der Bundesvorstand der Unternehmerorganisation hat seine Zustimmung zu den Verhandlungen gegeben, die laut Beschluß bis zum 19. April beendet sein müssen. Bis dahin gilt der alte Tarifvertrag.

Daß die Aussperrung im Malergewerbe völlig verkracht ist, sehen bereits die Unternehmer selbst ein. In Hannover beschloß die Innung die Aufhebung der Maßregel. Dieses Beispiel dürfte bald Nachahmung finden, denn in vielen Städten sind lächerlich wenig Gehilfen ausgesperrt, so zum Beispiel in München ganze 46. Insgesamt hat die Scharfmacherische Maßregel etwas mehr als 15 000 Gehilfen erfaßt. Damit können die Unternehmer wenig Staat machen. Interessant ist übrigens, daß die drei Unparteiischen zu ihrem Schiedsspruch in einer Zeitschrift Erklärungen veröffentlicht haben, die die Scharfmacherei der Malermeister erst recht als gänzlich unvernünftig erscheinen lassen. Die Unternehmer murmelten daraufhin etwas von Mißverständnissen, deren Opfer sie bei Fällung der Schiedssprüche geworden seien. Zur Aufhebung der Aussperrung haben sie sich trotzdem noch nicht verstehen können, doch werden sie das wohl bald unter dem Druck der Verhältnisse tun müssen. Für das Schneidergewerbe konnten noch in einer Reihe von Städten Tarife auf örtlicher Grundlage abgeschlossen werden.

In der Binnenschifffahrt steht der Streik noch ebenso günstig für die Ausländigen wie bei seinem Beginn. Die kleinen Schiffsseigner haben sich mit einer Eingabe an den Reichskanzler gewandt, in der sie die Vermittlung der Regierung anrufen, in der sie sich aber fast völlig zu den Forderungen der Arbeiter bekennen. Namentlich ist es die Einführung der Nachruhe, die sie befürworten.

Die polnische Vergarbeiterorganisation will im oberschlesischen Bergbau für den Fall den Streik ansagen, daß die erhobenen Forderungen der Arbeiter nicht erfüllt werden. Sie hatte sich mit einer Eingabe — die die Wünsche der Arbeiter zusammenfaßt — an das preussische Abgeordnetenhaus gewandt. Von dort hat sie eine Antwort erhalten, die sich jeder denken kann. Nun will die polnische Organisation zum Kampfe anrufen. Ob sie sich wohl im Klaren darüber ist, daß die wichtigste Vorbedingung eines Erfolges die Verständigung mit den andern Verbänden bleibt?

Sonderbare Gewerkschaftsstrategen sind doch die Christlichen. In den Kevelaerer Gebetbücherfabriken waren die Buchhändler wegen Nichterfüllung ihrer Lohnforderungen ausständig. Der Kampf nahm so scharfe Formen an, daß die frommen Erzeugnisse von der Gewerkschaft boykottiert wurden. Der Streik endete mit völlig nichtsagenden Zugeständnissen der Unternehmer. Ob nun die Christlichen Angst vor der eigenen Courage bekommen haben oder ob sie auf Befehl der Unternehmer luschen mühten: genug, sie schrieben den Buchhändlern, daß der Boykott aufgehoben sei, und daß die Kevelaerer Gebetbücher wieder in empfehlende Erinnerung gebracht werden sollen. So machen sich diese sonderbaren Heiligen zweifach um ihre Unternehmer verdient und nennen das hinterher „erfolgreiche Lohnbewegungen“.

Eine Verschmelzung dreier Gewerkschaftsverbände steht in Aussicht. Der Töpferverband, der Porzellanarbeiterverband und der Glasarbeiterverband wollen sich zu einem Verband der Keramarbeiter vereinigen. Laut Beschluß der Verbandstage der drei Gewerkschaften bereiten die Vorstände den wichtigen Schritt vor. Urabstimmungen der Mitglieder entscheiden den Zusammenschluß endgültig.

Dem Jahresbericht des Schneiderverbandes entnehmen wir, daß sich im Jahre 1912 die Zahl der weiblichen Mitglieder um 282 verringert hat, während die der männlichen um 1800 zunahm. Bei 10 000 weiblichen Mitgliedern will der kleine Verlust nicht viel besagen, immerhin sollte gerade im Schneidergewerbe die Organisierung der Arbeiterinnen ständige Fortschritte machen. Man bedenke die große Zahl von Frauen und Mädchen, die hier vom Kapital ausgebeutet werden. Genossinnen, seid dieser Tatsache eingedenk! Es ist eine eurer Aufgaben, unter den erwerbstätigen Proletarierinnen unermühtlich auch für die Gewerkschaftsorganisation zu werden. Und je zahlreicher und größer die Schwierigkeiten sind, die sich in einzelnen Berufen der Organisierung entgegenstellen — wie gerade im Schneidergewerbe —, um so dringlicher ist es, daß die Genossinnen ihre Kraft für dieses Ziel einsetzen. #

Aus der Textilarbeiterbewegung. In Krefeld ist die von den Unternehmern angebrochte Aussperrung am 15. März zur Tatsache geworden, und zwar werden mit den streikenden Färbern gegen 12 000 Arbeiter und Arbeiterinnen in den Webereien ausgesperrt. Die Färbereibesitzer haben jedes weitere Zugeständnis abgelehnt. Sie sind besonders über den Schaden erbost, den der plötzliche Streik für sie im Gefolge hat. In den Färbereien besteht nämlich bisher keine Kündigung. In den neuen Tarif wollten die Arbeiter auch die achtstündige Kündigung aufgenommen haben. Für diese Forderung hatten die Unternehmer jedoch nur Spott und Hohn. Niemand kann den Arbeitern zumuten, daß sie bei kündigungsfreiem Arbeitsverhältnis schon Wochen vorher den Unternehmern mitteilen, wann sie streiken wollen. Wo keine Kündigung besteht, werfen die Unternehmer ja auch den Arbeiter aufs Pflaster, ohne ihn vorher zu benachrichtigen. Da es den Färbereibesitzern allein nicht möglich ist, die gut organisierten Färbler niederzuringeln, kommen ihnen die Unternehmer der Webereien zu Hilfe. Die Webereigewaltigen können sich mit dieser Hilfeleistung aber sehr leicht ins eigene Fleisch schneiden. Da frühere Lohnbewegungen fehlgeschlagen waren, so hatten die Weber der Stoffbranche in den letzten Jahren sehr wenig Interesse für die Organisation gezeigt. Wenn aber ein Mittel geeignet ist, ihnen die Notwendigkeit des Zusammenschlusses recht fühlbar vor Augen zu führen, so ist es die gegenwärtige Aussperrung. Wollen die Fabrikanten sich nicht gegenseitig selbst schädigen, so können sie bei der Aussperrung keinen Unterschied zwischen Organisierten und Nichtorganisierten machen. Das ist bis jetzt auch der Fall. Die Aussperrung erstreckt sich außer auf Krefeld auf die Orte Anrath, Krefeld, Hüls, Kempen, Lobberich, M.-Glabbach, Mülheim, Odt, Rheidt, St. Lönis, Süchteln und Biersen. In den Orten Krefeld, Lobberich, Glabbach und Odt sollte die Aussperrung erst am 22. März einsetzen. Nach dem 22. März dürften rund 15 000 Personen gemahregelt sein. Auf die beteiligten Organisationen entfallen Ausgesperrte: Deutscher Textilarbeiterverband 4700, Christen 4400, Hirsch-Dundersche 194, Freie Vereinigung 158. Eine Überraschung in dem jetzigen Kampfe brachte nachstehendes Schreiben, das unserer Streikleitung zugeht:

Der Oberbürgermeister.

Krefeld, 18. März 1913.

Der Zentralverband christlicher Textilarbeiter und der Arbeiterverband beziehungsweise der Schuhverband für das niederrheinische Seidengewerbe haben sich dahin geeinigt, daß der Färbereistreik und die Aussperrung der Textilarbeiter beendet werden, indem die bisherigen Angebote der Arbeitgeber in den Fragen des

Lohnes und der Arbeitsdauer angenommen werden und hinsichtlich der Dauer des Tarifvertrages nachstehendes bestimmt wird:

Der Vertrag soll bis zum 1. Dezember 1916 dauern; für den Fall, daß er ordnungsmäßig gekündigt wird, jedoch bis zum Ablauf des Vertrags eine neue Vereinbarung nicht zustande kommt, sollen bis zum 1. März 1917 in Sachen des Tarifs weder die Färbereiarbeiter das Recht haben, zu streiken, noch die Arbeitgeber der Färbereien befugt sein, ihre Arbeiter auszusperrn; vielmehr soll in der Zwischenzeit von Dezember 1916 versucht werden, durch Fortführung der friedlichen Verhandlungen den Abschluß eines neuen Tarifvertrags zu erzielen.

Das Inkrafttreten dieser Vereinbarung ist abhängig von der Zustimmung des Deutschen Textilarbeiterverbandes. Denn die Wiederaufnahme der Arbeit allein durch den christlichen Textilarbeiterverband ist schon aus technischen Gründen nicht möglich. Darüber sind sich alle Beteiligten einig.

Nachdem durch die Vereinbarung zwischen dem Arbeitgeberverband und dem Verband christlicher Textilarbeiter ein den Interessen beider Parteien gerecht werdender Ausgleich gefunden ist, ruht nunmehr die ganze Verantwortung für das Gelingen der Einigung auf dem Deutschen Textilarbeiterverband. Ich glaube nicht, daß er durch Ablehnung seiner Zustimmung die Schuld wird auf sich laden wollen für die schwere Schädigung, die unserer ganzen Industrie und unserer Stadt erwachsen wird, und für all das Unglück und Elend, das bei unseren Arbeiterfamilien einziehen wird, wenn der Streik und die Sperre noch länger anhalten wird.

Ich bitte daher unverzüglich eine Entscheidung des Deutschen Textilarbeiterverbandes herbeizuführen. gez. Dr. Johansen.

Die Christen wandeln also wieder einmal auf ihren Lieblingspfaden, noch ein Schritt in dieser Richtung, und der offizielle Streikbruch ist fertig. Wer hat den Führern der Christlichen denn das Mandat übertragen, mit dem Arbeitgeberverband allein zu verhandeln? Bis jetzt sind alle Schritte in dieser Bewegung von allen Organisationen gemeinsam getan worden. Nur ein christlicher Gewerkschaftsführer kann in obiger „Vereinbarung“ einen „beiden Parteien gerecht werdenden Ausgleich“ erblicken. Denn diese Vereinbarung läßt jedes neue Zugeständnis in der Frage des Lohnes und der Arbeitszeiverkürzung vermissen, ebenso auch Verbesserungen für die Arbeiterinnen. Was hier vereinbart ist, das hätten die Arbeiter schon vor der Aussperrung haben können. Da brauchten sich die Herren aus Düsseldorf nicht in Unkosten zu stürzen. Eben weil das, was sich die christlichen Führer nunmehr als Vereinbarung ausschwanzen ließen, die Arbeiter in keiner Weise befriedigte, ist der Streik von allen Organisationen, die Christlichen dabei, einstimmig beschlossen worden. Die Färbereibesitzer müssen erstliche Zugeständnisse machen, wenn eine Grundlage für den Friedensschluß gefunden werden soll. Es ist vollständig unangebracht, den Deutschen Textilarbeiterverband für die Not verantwortlich zu machen, die die Aussperrung im Gefolge haben wird. Da hat sich der Herr Oberbürgermeister von Krefeld in der Adresse geirrt: An der Aussperrung trägt niemand anders die Schuld als die Färbereibesitzer und der Schuhverband für das niederrheinische Seidengewerbe. Sie sind es, die den Arbeitern einen der Teuerung entsprechenden Lohnausgleich verweigern, sie sind es, die sich gegen Einführung der 8-Stunden-Woche aufs heftigste sträuben. sk.

Aus der Angestelltenbewegung. Kaum sind die Vertrauensmännertwahlen zur Angestelltenversicherung vorüber, da ist wieder ein Kampf entbrannt, der erneut mit aller Deutlichkeit zeigt, wo die wahren Verfechter der Angestellteninteressen zu finden sind. Im Reichstag ist im Dezember ein Gesetzentwurf eingegangen, durch den die Bestimmungen des Handelsgesetzbuches über die Konkurrenz-Klausel neu geregelt werden sollen. Die Konkurrenz-Klauseln, das sind Vereinbarungen zwischen Unternehmern und Angestellten, durch die die Angestellten sich verpflichten, während eines bestimmten Zeitraumes nach dem Austritt aus ihrer Stellung innerhalb eines gewissen, manchmal sehr ausgedehnten örtlichen Bereiches in gleichartigen Geschäften weder Stellung zu nehmen, noch sich an solchen zu beteiligen. Durch derartige Vereinbarungen werden die Angestellten in ihrem Fortkommen aufs schwerste geschädigt. Die Unternehmer sind aber durch ihre wirtschaftliche Übermacht in der Lage, sie ihnen aufzuzwingen. Angeblich soll der Zweck der Konkurrenz-Klausel sein, den Angestellten zu verhindern, seine in einem bestimmten Betriebe gewonnenen Kenntnisse zu dessen Schaden in einem Konkurrenzbetriebe zu vertieren. In den meisten Fällen handelt es sich für die Unternehmer aber darum, durch die Klausel das Personal an ihren Betriebe zu fesseln und unbequemen Gehaltsforderungen aus dem Wege zu gehen. Das zeigte sich so recht deutlich in Hamburg im vorigen

Jahre bei der Eröffnung eines neuen Warenhauses der Firma Tieg. Bei dieser Gelegenheit fiel es einer ganzen Reihe von Geschäftsinhabern in Hamburg mit einem Male ein, ihren Verkäuferinnen Konkurrenzklauseln aufzuzwingen. Sie wollten durch diese verhindern, daß ihre Angestellten die Möglichkeit, bei der Firma Tieg zu vielleicht etwas höheren Gehältern Stellung zu finden, zur Förderung von Lohnerhöhungen ausnützen könnten. Von einem Schutz von Betriebsgeheimnissen konnte keine Rede sein. Die Angestellten stehen auf dem Standpunkt, daß die Konkurrenzklauseln, durch die sie als Sklaven an einen Betrieb gefesselt werden, gesetzlich zu verbieten seien. Der dem Reichstag vorgelegte Gesetzentwurf kommt aber diesem Wunsche der Angestellten keineswegs nach oder auch nur entgegen. Er ist vielmehr geeignet, wenn er in dieser Form Gesetz wird, das Konkurrenzklauselwesen geradezu zu verewigen. Der Redner der sozialdemokratischen Fraktion hat denn auch bei der ersten Lesung des Gesetzentwurfs mit Recht erklärt, auch diese Maßnahme der Regierung sei nichts weiter als „weiße Salbe“. Mit einigen scheinbaren Verbesserungen wird versucht, nicht unwesentliche Verschlechterungen der bestehenden Konkurrenzklauselbestimmungen durchzuschmuggeln, abgesehen davon, daß eine Änderung der Bestimmungen für die technischen Angestellten und die Arbeiter überhaupt nicht erfolgen soll. Schon vor dem Erscheinen des Gesetzentwurfs hatten die gewerkschaftlichen Angestelltenverbände eine tatkräftige Propaganda für das völlige Verbot der Konkurrenzklausel eingeleitet, die besonders durch die „Handlungsgehilfen-Zeitung“ mit Geschick betrieben wurde. Da trat eine unerwartete Wendung ein. Die Unternehmer erhielten Unterstützung von einer Seite, von der sie es selbst zuletzt erhofft hätten. Dem Hansabund gelang es, einige Handlungsgehilfenorganisationen oder vielmehr deren Führer einzuzuseifen. Unter diesen Organisationen fehlten natürlich nicht die bürgerlichen kaufmännischen Vereine für weibliche Angestellte! Die betreffenden Organisationen erklärten, das völlige Verbot der Konkurrenzklausel ist gegenwärtig nicht erreichbar! Sie wollen sich deshalb mit einigen Änderungen des Gesetzentwurfs zufrieden geben. Das ist ein glatter Verrat der Interessen der Angestellten. Vor allem die weiblichen Angestellten sollten die Konsequenzen aus diesem Verhalten der bürgerlichen Angestelltenverbände ziehen. Daß trotz dieser traurigen Tatsache die gewerkschaftlich organisierten Angestellten den Kampf um die völlige Beseitigung der Konkurrenzklausel nicht aufgeben, ist selbstverständlich. Sie haben, wie schon die erste Lesung des Gesetzentwurfs im Reichstag zeigte, eine wirksame und zuverlässige Stütze in der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion. Hoffen wir, daß ihrem Kampfe Erfolg beschieden ist. F. O.

Genossenschaftliche Rundschau.

Der Zentralverband deutscher Konsumvereine hat nach vorläufigen Angaben der „Konsumgenossenschaftlichen Korrespondenz“ auch für das Jahr 1912 eine lebhafte Weiterentwicklung zu verzeichnen. Die Zahl der angeschlossenen Genossenschaften stieg von 1142 auf 1155, die der einzelnen Mitglieder von 1 313 422 auf 1 483 811. Es fehlt also nicht mehr viel an 1½ Millionen Mitgliedern. Der Zuwachs von über 170 000 kann als ein großer Erfolg der Propaganda bezeichnet werden, die jetzt in den Kreisen der politisch und gewerkschaftlich organisierten Arbeiter für die Konsumgenossenschaften getrieben wird. Der gesamte Umsatz der angeschlossenen Vereine stieg um zirka 90 Millionen auf rund 538 Millionen Mark. Davon entfallen beinahe 84 Millionen Mark auf die Eigenproduktion. Auch die Zahl der beschäftigten Personen ist entsprechend gewachsen; sie stieg von 21 939 auf 26 401. Von ihnen waren in der Eigenproduktion beschäftigt 6282. Den Mitgliedern wurde außer 20 Millionen Mark Rückvergütung auch noch 12½ Millionen Mark fester Rabatt gewährt, wie er hier und da aus Gründen der Steuerersparnis eingeführt ist. Für gemeinnützige Zwecke wurden 853 342 Mk. ausgegeben. Die Summe wäre sicher noch viel größer, wenn die Konsumvereine nicht mit einer allzu engherzigen Auslegung des Genossenschaftsgesetzes durch die Behörden zu rechnen hätten. Die Gesamtbilanz schloß mit der Summe von 256 231 976 Mk. Das sind ansehnliche Zahlen, die aber noch lange nicht das Ende der Wachstumsmöglichkeit bezeichnen. Zu der Berufsstatistik der Mitglieder bemerkt die „Konsumgenossenschaftliche Korrespondenz“: In allen Gruppen ist eine Steigerung zu verzeichnen. Das ist ein Beweis dafür, daß nicht nur in allen Volksschichten das Bedürfnis, sondern auch das Verständnis für die Genossenschaftsbewegung vorhanden und trotz aller feindseligen Machenschaften im Wachsen begriffen ist. Wenn zum Beispiel die Zahl der selbständigen Gewerbetreibenden ungeachtet der mit Hochdruck betriebenen Mittelstandshebe noch um 5 Prozent, die der selbständigen Landwirte gar um

24 Prozent stieg, so zeugt das nicht eben von der sieghaften Kraft der Argumente jener Leute, die im Konsumvereinswesen den Todfeind des selbständigen Mittelstandes bekämpfen. Im Gegenteil — angesichts solcher Ergebnisse kann man sich des Gefühls nicht erwehren, daß nicht trotz, sondern im Gegenteil wegen der mehr intensiven als klugen Angriffe der Mittelstandsretter auf die Konsumvereine letztere über so staunenerregende Erfolge quittieren dürfen. Jedenfalls entfalten die Feinde der Konsumgenossenschaftsbewegung für diese unfreiwillig eine äußerst wirksame Propaganda. — Die Masse der Mitglieder stellen natürlich die Lohnarbeiter.

Wie in anderen Bundesstaaten, so mühte man sich auch in der „freien“ Stadt Lübeck seit Jahren um das Zustandekommen einer Umfassener. Obwohl deren Einführung vor etwa zwei Jahren abgelehnt worden war, bohrten die Mittelständler weiter. Einmal ist keinmal, dachten sie wahrscheinlich. Der hohe Senat legte sich denn auch abermals für eine derartige Steuer ins Zeug, die den aus lauter armen Leuten bestehenden Konsumverein hart getroffen hätte. Um die Sache schmachhafter zu machen, verknüpfte man die ungerechte Steuer mit einer Ermäßigung der Gas- und Elektrizitätspreise. Es mühte aber alles nichts. In der Bürgerschaft wurde die Umsatzsteuer mit erheblicher Mehrheit abgelehnt, wobei die sozialdemokratischen Vertreter den Ausschlag gaben. Wie wenig grundsätzlich und zuverlässig aber die Bürgerlichen in solchen Fragen sind, ging aus einer Äußerung des Vorsitzenden der Kommission hervor. Der Herr erklärte, daß der Mehrheit besonders deshalb die Steuer nicht genehm gewesen sei, weil auch die Warenhäuser davon betroffen worden wären. Daraus ist zu entnehmen, daß ihnen dies Steuerrecht der Konsumvereine wegen weniger Krupel verursacht haben würde.

In einem Artikel über „Die Konzentration der deutschen Konsumvereine“ offenbaren Dr. Krügers „Blätter für Genossenschaftswesen“ wieder einmal die gewohnte Kurzsichtigkeit und Rückständigkeit. Die seit einigen Jahren beim Zentralverband zu beobachtende gesunde Tendenz, daß kleine Vereine sich zu größeren vereinigen oder sich an große anschließen, hat es den Mittelstands-Genossenschaftspolitikern angetan. Obwohl sie in ihren eigenen Reihen den größten deutschen Konsumverein haben, den Breslauer! Nun ist ja nicht zu bestreiten, daß manche Auslassungen in der Literatur und in den Organen des Zentralverbandes Veranlassung geben können, von „Genossenschaftsphantastereien“, „heraufschwebender Zukunftsmusik“ und ähnlichem zu reden. Der betreffende Artikel verrät aber in jedem Satze den beschränktesten Egoismus, der die Ziele des Genossenschaftswesens gänzlich mißachtet. Nur an einem Beispiel sei das gezeigt. Die alten Konsumvereinstatuten enthalten, nach dem bürgerlichen Schema gebildet, meistens noch die Bestimmung, daß bei einer Liquidation des Vereins das Vermögen unter die Mitglieder verteilt wird. Wenn nun sich mehrere Vereine verschmelzen, müssen sie bis auf einen immer liquidieren. Selbstverständlich kann man in diesem Falle das Vermögen nicht verteilen, Aktiven und Passiven müssen vielmehr in jenen Verein übergehen, der nicht liquidiert, und deshalb muß vorher das Statut entsprechend geändert werden. Zu diesem selbstverständlichen Vorgang schreibt nun der Verfasser des Artikels unter anderem folgendes: „Nehmen wir mal an, daß der eine oder andere Verein seit Jahren vielleicht schon für bauliche oder sonstige Zukunftszwecke vom Reingewinn, der doch den Mitgliedern hätte zufließen müssen, beträchtliche Abschreibungen vorgenommen und angesammelt hat, die heute ein Vermögen ausmachen; da muß es doch hart, sehr hart sein, wenn dieses Vermögen den Eigentümern entzogen wird, um im großen Säckel des Zentralvereins auf Nimmerwiedersehen zu verschwinden.“ Dieses Mitleid mit den armen Mitgliedern, denen auf grausame Weise „ein schönes Vermögen entzogen“ wird, ist gänzlich unsinnig. Erstens wird auf das einzelne Mitglied immer nur ein kleiner Teil dieses „Vermögens“ entfallen, das solches eben nur in der Zusammenfassung der einzelnen für sich bedeutungslosen Teile sein kann. Zweitens denken die Mitglieder — von Ausnahmen abgesehen — ja gar nicht daran, dem größeren und leistungsfähigeren Verein den Rücken zu kehren. Sie bleiben Mitglied, also auch Teilhaber des „Vermögens“. Man scheint die Leser auf jener Seite sehr tief einzuschätzen, wenn man ihnen derartiges bieten darf. Die Entwicklung werden freilich diese kleinen Geister nicht aufhalten.

Die „Konsumgenossenschaftliche Korrespondenz“ berichtet: Der Krebschaden der Vorgewirtschaft hat die belgischen Konsumgenossenschaften in ernste Gefahr gebracht, der zu begegnen bekanntlich der Kongress zu Folimont bestimmte Beschlüsse faßte. Das schlimmste ist, daß die Vereine vielfach nur mit

dem Kredit der Lieferanten arbeiten. Diese Abhängigkeit von den Lieferanten bringt es auch mit sich, daß manche Vereine, selbst wenn sie dazu den besten Willen hätten, ihre Einkäufe nicht durch die Großeinkaufsgenossenschaft bewerkstelligen. Eine bedauerliche Folge des Verhältnisses, das zwischen der belgischen Genossenschaftsbewegung und der Gewerkschafts- und politischen Bewegung besteht, ist die Unfähigkeit der belgischen Gewerkschaften, auf eigenen Füßen zu stehen. Die Arbeiter haben es nicht gelernt, Opfer zu bringen, sie verlassen sich in allem auf ihre Genossenschaften, und diese wiederum verlieren infolge der starken Inanspruchnahme für andere Zwecke ihre Leistungsfähigkeit, was die weitere Folge nach sich zieht, daß selbst die Arbeiter ihnen untreu werden und sich des Privathandels bedienen. Eine sonderbare „Solidarität“, die, anstatt den Arbeiter zu befreien, ihn im Gegenteil noch mehr der kapitalistischen Ausbeutung ausliefert — denn von den Mißerfolgen der Konsumgenossenschaften kann doch bloß die kapitalistische Warenversorgung profitieren! Pflicht jedes wahren Genossenschafters aber wird es sein, das Ubergreifen dieser verfehlten Methode auf andere Länder zu verhindern. Was den belgischen Genossenschaften von gewisser Seite als Vorzug nachgerühmt wird, ist nicht nachahmenswert, weil es das Symptom einer Krankheit ist, an der die Vereine zugrundegehen müssen, wenn nicht eine Radikalkur eingeschlagen wird. — Ob die Dinge in Belgien wirklich so schlimm liegen, wie sie hier geschildert sind, können wir nicht beurteilen. Jedenfalls aber gibt es in Deutschland wohl in den Kreisen, die etwas vom Genossenschaftswesen verstehen, niemand, der die belgische „verfehlte Methode“ auf andere Länder übertragen wissen möchte; und auch keine „gewisse Seite“, die offenbare Mängel in der Konsumgenossenschaftlichen Bewegung eines Landes als Vorzüge ansehen wird. Vergleiche zwischen Deutschland und Belgien sind da aber nicht so ohne weiteres zu ziehen. Denn die belgische Konsumvereinsbewegung hat sich unter besonders gearteten sozialen und geschichtlichen Verhältnissen entwickelt, zu deren richtiger Beurteilung ein tieferes Verständnis erforderlich ist.

Der Leitende Ausschuss des Empfangsausschusses für den Glasgower internationalen Kongress hat vorläufig das folgende Programm vereinbart: Für Sonnabend, den 23. August, ist am Nachmittag zur Einleitung des Kongresses und, um das Publikum auf ihn aufmerksam zu machen, ein genossenschaftlicher Wagen-Demonstrationszug geplant, bestehend aus geschmückten Fuhrwerken der in Glasgow und Umgegend befindlichen Genossenschaften. Am Montag, dem 25. August, findet nachmittags der Besuch der in Glasgow und in Shieldhall befindlichen Fabriken der Schottischen Großeinkaufsgesellschaft statt. Am Abend werden die Kongressdelegierten vom Bürgermeister und vom Stadtrat von Glasgow im Stadthaus offiziell empfangen und begrüßt. Am Dienstag ist nach Schluß der Verhandlungen ein Ausflug nach Edinburgh geplant. Der Vorstand des größten schottischen Konsumvereins wird den Delegierten die Besichtigung der Anstalten der Genossenschaft ermöglichen. Am Mittwoch findet eine Wagenfahrt nach Paisley zur Besichtigung der dortigen Genossenschaftsanstalten statt. Im Anschluß daran Empfang der Kongressdelegierten. Am Donnerstag ist nachmittags ein Dampfschiffausflug auf dem Clyde geplant. Die Anlagen der United Waking Society, der größten Wäderei der Welt, stehen den Delegierten jeweils an den Kongrestagen morgens bis 9 Uhr zur Besichtigung offen, da dann die Wäderei in voller Tätigkeit ist.

H. F.

Notizenteil.

Frauenarbeit auf dem Gebiet der Industrie, des Handels- und Verkehrswezens.

Die industrielle Frauenarbeit in Argentinien hat bereits einen Umfang erreicht, der früher in diesem Lande für unmöglich gehalten wurde. Fräulein Carolina Muzzilli hat dem Museo Social Argentino eine Studie eingereicht, die als sehr gründlich und gewissenhaft gerühmt wird. Danach beschäftigte die Industrie Argentinien fast eine halbe Million Arbeiterinnen, davon 205 851 allein in der Bundeshauptstadt dieser südamerikanischen Föderationsrepublik, in Buenos Aires, die rund 1 300 000 Einwohner zählt. In der Provinz waren 225 283 industrielle Arbeiterinnen tätig. Da die gesamte Einwohnerschaft Argentinien mit 7 121 800 berechnet wird, machen die 431 134 Industriearbeiterinnen schon über 6 vom Hundert der Bevölkerung aus. Es ist das für ein Land wie Argentinien ein beträchtlicher Prozentsatz. Denn hier bilden Ackerbau — zumal Getreidebau — und Viehzucht die breite Grundlage des Wirtschaftslebens, und die Industrie ist jung

und verhältnismäßig unentwickelt. Nach den vorliegenden Angaben werden Frauen und Mädchen hauptsächlich in den Industriezweigen verwendet, die für die Bekleidung sorgen, Lebens- und Genussmittel herstellen usw. So in den Kleider-, Wäsche-, Schuh- und Hutfabriken, in den Betrieben zur Herstellung künstlicher Blumen, in Teigwaren-, Bonbons-, Konfekt- und Konservenfabriken. Zumal in der Bekleidungsindustrie ist auch die Heimarbeit, das Schweißsystem sehr verbreitet. Zahlreich sind auch die Arbeiterinnen in den verschiedenen Zweigen des graphischen Gewerbes sowie in Bindfaden- und Sackfabriken. Der Tagesverdienst der argentinischen Fabrikarbeiterinnen schwankt nach Fräulein Muzzilli zwischen 1 Pesos 40 Centavos und 2 Pesos 40 Centavos bei acht- bis elf- und zwölfstündiger Arbeitszeit. Die Heimarbeiterinnen erzielen bei fünfzehnstündiger Tagesarbeit im allergünstigsten Falle einen Verdienst von 2 Pesos 80 Centavos; davon gehen 40 bis 60 Centavos für Unkosten ab, und es sind obendrein nicht viele Frauen und Mädchen, die den angegebenen Lohn erreichen. Ein Pesos hat 100 Centavos und ist etwas — 5 Pf. — über 4 Mk. Die Entlohnung der argentinischen Industriearbeiterinnen sieht demnach hoch aus, in Wirklichkeit ist sie aber erbärmlich, weil die Kaufkraft des Pesos gering, der Lebensunterhalt teuer ist. Die gut kapitalistische Tagespresse des Landes gibt gelegentlich das Elend der Arbeiterinnen zu und hebt besonders hervor, in welcher Not die Heimarbeiterinnen dahinvegetieren.

Sozialistische Frauenbewegung im Ausland.

Ein internationales sozialistisches Kinderfest in Paris soll am 13. Juli stattfinden, am Vorabend der Nationalfeier, die alljährlich dem Bastillesturm gilt. Die Initiative dazu geht aus von dem „Verständigungskomitee der Jüglingsgruppen der Genossenschaften für den Bezirk Paris“. Das Fest soll dazu dienen, die Bande der Solidarität zwischen den Völkern fester zu knüpfen und dadurch dem Frieden zu dienen. Alle Organisationen, die sich den Schutz, die Erziehung proletarischer Kinder im Sinne sozialistischer Brüderlichkeit angelegen sein lassen, werden von dem Komitee herzlich aufgefordert, Kindergruppen zu der Veranstaltung zu entsenden. Durch Reigen, turnerische Aufführungen, Gesang können sie dabei mitwirken. Die kleinen Gäste sollen in den Familien der Pariser Genossenschaftler unentgeltlich aufgenommen werden, so daß Eltern beziehungsweise Organisationen nur für die Reisekosten zu sorgen haben. Es würde das Komitee ganz besonders freuen, wenn an dem internationalen Fest auch Kinder aus Deutschland teilnehmen würden, vielleicht unter Führung von Genossinnen und Genossen, die in Verbindung mit den Kinderschuttkommissionen und Bildungsausschüssen Ferienwanderungen usw. für Arbeiterkinder veranstalten. Anfragen und Zuschriften sind zu richten an: Madame Alice Jouenne, 71 Rue Cardinal Lemoine, Paris. V. Nr.

Die sozialistische Frauenbewegung in Ungarn scheint neuerlich in stärkeren Fluß zu kommen. Seit einem halben Jahre erscheint wieder in Budapest vierzehntägig das sozialistische Frauenorgan „Nőmunkás“. Es hat eine Auflage von 6000 Exemplaren, von denen die Gewerkschaften etwa 2000 für weibliche Mitglieder übernehmen, die übrigen von Einzelabonnenten gelesen werden, die sich in Budapest und der Provinz um das Organisationskomitee der Arbeiterinnen scharen. Wir berichteten an anderer Stelle darüber, daß der Internationale Frauentag von den organisierten Genossinnen zur Agitation durch das gedruckte Wort ausgenützt worden ist.

Frauenstimmrecht.

Die Frauen und die letzten Gemeindevahlen in Dänemark. In der ersten Hälfte des Monats März haben in ganz Dänemark die kommunalen Wahlen stattgefunden. Das Resultat war ein gewaltiger Sieg der Sozialdemokratie, und den Erfolg darf man mit dem erwachenden Interesse der Frauen an den Gemeindeangelegenheiten zuschreiben und der Benützung ihres Wahlrechts. Soweit sich die Wahlergebnisse aus den 1100 dänischen Gemeinden bis jetzt übersehen lassen, hat die Sozialdemokratie seit der Wahl von 1909 einen Zuwachs von 52 000 Stimmen oder 40 Prozent gehabt und gegen 300 neue Mandate erobert. Es werden nun etwa 1200 sozialdemokratische Vertreter in den verschiedenen kommunalen Institutionen des Landes Sitz und Stimme haben. In Kopenhagen erhielt die Sozialdemokratie 49 Prozent aller abgegebenen Stimmen, nämlich 55 181. Zu den 55 Mitgliedern, aus denen die Stadtverordnetenversammlung besteht, stellt sie allein 27. Die bürgerliche Majorität setzt sich zusammen aus 22 Konservativen, 5 Radikalen und 1 Muder.

Im Jahre 1909 hatte die Sozialdemokratie die Mehrheit in 2 Provinzstädten erobert — dieses Mal dagegen in 11, während in 15 anderen Provinzstädten ihr nur je 1 Mandat an der absoluten Mehrheit fehlt. Von ganz besonderem Interesse ist unser Fortschritt in einer großen Anzahl Landgemeinden. In solchen Kommunen, wo 1909 sozialdemokratische Kandidatenlisten aufgestellt waren, hatten diese im ganzen 27 800 Stimmen auf sich vereinigt, heuer aber beträgt unsere Stimmenzahl in den nämlichen Landgemeinden zwischen 50 000 bis 60 000. 1909 wurden in Landkommunen zusammen 600 sozialdemokratische Vertreter gewählt, 1913 dagegen 800.

Die Beteiligung an der Wahl war eine sehr starke. 80,1 Prozent der Wahlberechtigten sind zu den Urnen gegangen, während das 1909 nur 74,2 Prozent von ihnen getan hatten. Die Ausübung des Wahlrechts durch die Frauen soll ganz wesentlich zu dem hohen Prozentsatz der Abstimmenden beigetragen haben. Doch haben wir noch keine authentische Bestätigung dieser Behauptung. Es ist bis jetzt auch noch nicht möglich, die genaue Zahl der erwählten Frauen anzugeben. In Kopenhagen sind 5 Genossinnen in die Stadtverordnetenversammlung gewählt worden. In einer Provinzstadt Nalšov ist der Wahlausfall besonders günstig für die Sozialdemokratie gewesen. Wir eroberten hier 1 Mandat über die Majorität, 90 Prozent der Wahlberechtigten hatten abgestimmt. Ohne Zweifel sind es in dieser Stadt die Frauen, denen die Ehre für den Wahlausfall zukommt. Unser dortiges Parteiblatt würdigte die Wahl in einem Artikel, der auch dem Verhalten der Frauen rühmend gerecht wird. Was das Blatt schreibt, illustriert so ausgezeichnet das erwachende Verständnis der Frauen für das kommunale Leben, ihre Betätigung in der Öffentlichkeit, daß es hier wiedergegeben sei:

„Ja, laßt es uns zuerst aussprechen, es waren die Arbeiterfrauen, die den Ausschlag gegeben haben. Vor vier Jahren versagte ein Teil von ihnen, sie waren zu bescheiden, um das ihnen eingeräumte Wahlrecht zu benutzen. Aber schon ein halbes Jahr später gingen sie zahlreicher zu der Urne, als es sich um die Wahl der Steuereinschätzungskommission handelte. Gestern nun ist endlich der Umschwung ein vollkommener gewesen. Sie kamen alle! Es war rührend, zu sehen, wie die Frauen ihr Krankenzimmer verließen, um sich zur Wahlurne fahren zu lassen; da draußen in den Arbeitervierteln zeigten sie eine Sorge für einander, wie sie nur in den Kreisen der Proletarier zu finden ist. Gestern gab es keinen Unterschied zwischen mein und dein. Man ließ einander Kleidungsstücke und Schuhwerk, damit niemand zu Hause bleiben brauchte; man pflegte gegenseitig die Kinder, und man agitierte von Haus zu Haus, so daß alle, alle an der Wahl teilnehmen konnten. Es fehlen uns Worte der Dankbarkeit gegen diese mutigen Heldinnen unserer Klasse; einem jeden müssen sie die tiefste Hochachtung abzwängen, unsere Partei und unsere Genossen können ihnen nur ihre höchste Anerkennung zollen.“

L. H. Stauning, Kopenhagen.

Frauen in den Gemeinderäten von Großbritannien. Gegenwärtig amtieren in Großbritannien 44 Frauen als Gemeinde- beziehungsweise Bezirksgemeinderäte. In England und Wales wurden 17 Frauen zu diesem Ehrenamt gewählt, in Schottland 2, in Irland 3, dazu kommen noch die 22 Frauen, die in London bei den letzten Municipalwahlen in die Bezirksgemeinderäte entsendet wurden. Unsere Genossin Williams in Swansea ist die vierte englische Frau, die als Bürgermeisterin erwählt wurde. Gemeindevorsteherinnen waren: Frau Anderson in Aldeborough 1908/1911, Fräulein Morgan in Brecon 1910/1911 und Frau Lees in Oldham 1910/1911.

Ein Erfolg der Frauenwahlrechtsfrage in Frankreich ist eine seltene Erscheinung, auch wenn es sich nur um eine grundsätzliche Anerkennung der politischen Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts handelt. Und eine solche kommt zunächst in unserem Falle in Frage. Die parlamentarische Kommission, die über die Reform des geltenden Wahlrechts berät, hat ihren Vorsitzenden beauftragt, der Kammer einen Gesetzentwurf vorzulegen, der das Frauenwahlrecht zu den Gemeinde- und Departementswahlen einführt. Der Vorsitzende der Kommission ist Vuissou, ein überzeugter bürgerlicher Radikaler, von dem man eine eindringliche Befürwortung der Vorlage erwarten kann. Die sozialistischen Mitglieder der Kommission haben dem Antrag zugestimmt, damit es möglich wird, über das Frauenwahlrecht im Plenum der Kammer eingehend zu diskutieren. Sie haben sich aber das Recht vorbehalten, bei den Verhandlungen über die Reform des politischen Wahlrechts jederzeit für die Forderung des Frauenwahlrechts auch zu den gesetzgebenden Körperschaften einzutreten.

Die Frau in öffentlichen Ämtern.

Frauen in den höchsten Verwaltungsstellen des öffentlichen Schulwesens und im Schulrat der Vereinigten Staaten. Wie in dem öffentlichen Schulwesen der Union die Frau von den Lehrämtern mit der Zeit zu den höchsten Verwaltungsstellen emporgestiegen ist, davon kann man sich aus einer kürzlich vom Erziehungsamt der Vereinigten Staaten veröffentlichten Zusammenstellung überzeugen. Danach haben vier Staaten — Colorado, Idaho, Washington und Wyoming — Frauen an der Spitze ihres staatlichen Schulwesens, und in der ganzen Union gibt es zurzeit 495 weibliche County-Schulvorstände (Grafschafts- beziehungsweise Bezirksvorstände), fast doppelt so viel wie vor zehn Jahren. Es scheint fast, als hätten in einigen Staaten die Frauen ein ausschließliches Vorrecht auf die höheren Stellen des öffentlichen Schulwesens. In Wyoming ist eine Frau Staatschulinspektorin, und auch ihre Hilfskraft ist eine Frau. In 14 Bezirken des Staates liegt die Leitung der Schulen mit einer Ausnahme in den Händen von Frauen. In Montana mit 30 Bezirken finden wir nur einen einzigen Mann in der Stellung eines Grafschaftschulinspektors.

Am auffallendsten ist die Zunahme in der Zahl der Bezirksschulinspektorinnen im Westen, doch können sich auch einige östliche Staaten damit sehen lassen. So wartet New York jetzt mit 42 Bezirksschulinspektorinnen auf, während es im Jahre 1900 nur 12 „Schulkommissarinnen“ hatte. Auch andere Staaten zeigen einen beachtenswerten Zuwachs in der Zahl ihrer weiblichen Schulinspektoren: Iowa von 13 im Jahre 1900 auf 44 im letzten Jahre, Kansas von 26 auf 49, Nebraska von 10 auf 42, Nord-Dakota von 10 auf 24, Oklahoma von 7 auf 14. Nur in zwei Staaten sind die Zahlen der Bezirksschulinspektorinnen zurückgegangen. Tennessee hatte 9 im Jahre 1900 und 1912 nur 5, und Utah verzeichnete im letzten Jahre eine solche Beamtin weniger als vor einem Jahrzehnt.

Neben diesem Aufstieg der Frau im Schulverwaltungswesen macht sich auch in vielen Gemeinwesen ein Eindringen der Frau in die Schulaufsichtsbehörde bemerkbar, in den sogenannten Schulrat. So haben folgende Städte von 100 000 und mehr Einwohnern eine oder mehr Frauen in ihrem Schulrat: New York, Chicago, Cleveland, San Francisco, Milwaukee, Washington, Indianapolis, Rochester, St. Paul, Denver, Columbus, Worcester, Grand Rapids, Cambridge und Fall River. Auch in vielen kleineren Städten gehören Frauen dem Schulrat an. A. H.

Keine Zulassung der Frauen zur Advokatur in Rußland, das ist die Entscheidung des Reichsrats über den entgegen gesetzten Beschluß der Duma. In Rußland hatten sich hervorragende wissenschaftliche Vereinigungen und Gelehrtenkorporationen dafür ausgesprochen, daß den Frauen die Ausübung des Berufs als Advokat freizugeben sei. Sie beriefen sich dabei darauf, daß sich die Frau als Ärztin vorzüglich bewährt habe. Ihre Stellungnahme entsprach einer starken Strömung in der bürgerlichen Intelligenz und den gebildeten Kreisen des Landes. Unter dem Eindruck dieser Strömung wurden einige Russinnen, die im Ausland mit Erfolg ihre juristischen Studien beendet hatten, zu Staatsprüfungen in Rußland zugelassen und erhielten Stellen bei hochangesehenen Advokaten in Petersburg und Moskau. Die Duma trug der allgemeinen Stimmung Rechnung, sie nahm einen Initiativantrag aus dem Parlament an, der die Frauen zur Advokatur zuließ. Die Reform wäre gesichert gewesen ohne den Widerstand des Justizministers, der Regierung. Der ablehnenden Haltung dieser irdischen Vorsehung geforsamt, lehnte der Reichsrat den Initiativantrag der Duma mit 81 gegen 66 Stimmen ab. Der Reichsrat ist ungefähr das gleiche wie das Herrenhaus in Preußen: ein festes Bollwerk der Reaktion als sogar die Staatsreich-Duma von Stolypins Gnaden.

Familienrecht.

Die volle rechtliche Gleichstellung der unehelichen und ehelichen Kinder in Norwegen sieht eine Gesetzesvorlage vor, die dem Parlament zugeht. Sie will dem unehelichen Kinde den Namen des Vaters und volles Erbrecht an dessen Eigentum sichern. Die Vorlage ist eine Ergänzung des Gesetzes von 1892, das dem Vater eines unehelichen Kindes die Verpflichtung auferlegte, die ledige Mutter zu unterstützen, und ihm die Bürgerrechte aberkennt, wenn er sich dieser seiner rechtlichen Verpflichtung entzieht.

Verantwortlich für die Redaktion: Frau Clara Zetkin (Bundes). Wilhelmshöhe, Post Degerloch bei Stuttgart.

Druck und Verlag von J. G. W. Diez Nachf. G. m. b. H. in Stuttgart.